

Beschlussbuch zur Juso-Landeskonferenz I/2014

Unser Europa.  
Solidarisch und offen.



## Inhalt

1	Arbeitsprogramm.....	4
2	Jugend darf was!.....	4
3	Europa .....	9
4	E 1 Unser Europa. Solidarisch und offen. ....	9
5	E 4 Resolution: Wider dem rechten Populismus in Europa – Unsere Antwort heißt	
6	Solidarität!.....	17
7	Arbeit und Soziales .....	20
8	A 1 Damit noch Zeit zum Leben bleibt... Arbeitszeiten anpassen! .....	20
9	A 3 Unterstützung der Hebammen und EntbindungspflegerInnen.....	22
10	A 5 Politisches Streikrecht.....	24
11	A 6 Die Kosten von Betreuungsverfahren nicht den Betroffenen aufbürden .....	24
12	A 7 Herausforderung Altenpflege .....	25
13	A 8 Multiresistenzen wirksam bekämpfen.....	27
14	Wirtschaft und Finanzen.....	29
15	W 1 Kirchenfinanzierung .....	29
16	Gleichstellung.....	29
17	G 1 Gesetzliche Regelung zur leichten Sprache .....	29
18	Bildung.....	30
19	B 1 Mehr Demokratie und Mitbestimmung im Bildungswesen.....	30
20	B 2 Zwangsexmatrikulation abschaffen!!.....	34
21	Innen und Recht .....	35
22	I 1 Polizeikennzeichnung – ein Schritt zu mehr Transparenz und Bürgernähe .....	35
23	I 2 Das Freie Netz Süd unverzüglich verbieten!.....	37
24	I 3 Atomwaffen .....	41
25	I 6 Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren - Demokratie stärken .....	42
26	Umwelt und Landwirtschaft.....	45
27	U 5 Auf Phosphormangel vorbereiten .....	45
28	U 6 Genmais 1507 stoppen!.....	47
29	Netz und Infrastruktur.....	48
30	N 2 Höchstgeschwindigkeit für Roller erhöhen .....	48

1	Partei .....	49
2	P 1 Parteiausschluss von Thilo Sarrazin .....	49
3	P 3 Zum GroKo-Deal.....	49
4	P 4 Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden.....	52
5	P 5 Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung mit einer	
6	SPD- und Juso-Mitgliedschaft .....	54
7	Z 1 - Antrag zur Unterstützung der Renaturalisierung des Lechs.....	55
8	Z 3 Antrag zur Aufklärung von Homosexualität im Biologie-Unterricht .....	56
9	Ini-Antrag Kein Krieg.....	57
10	Resolution: Mindestlohn – ohne Wenn und Aber .....	59

Überwiesen wurden die Anträge E 2, E 5, A 4, U 1-4

Abgelehnt wurden die Anträge E 3, I 4, P 2, Z 2

Mit Nichtbefassung beschieden wurden die Anträge B 4, N 1, P 6

Zurückgezogen wurde der Antrag I 5, A 2

# Arbeitsprogramm

## Jugend darf was!

### Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2014/15

1 Die vergangenen anderthalb Jahre war die Arbeit der Jusos Bayern vor allem von der  
2 Ausrichtung auf den Wahlkampf geprägt, zunächst die Landtags- und Bundestagswahlen,  
3 anschließend die Kommunalwahlen. Bis in den Mai läuft nun noch der Europawahlkampf.

4 Diese Konzentration auf den Wahlkampf hat die inhaltliche und organisatorische Arbeit  
5 genauso wie die Arbeit nach außen (außerhalb des Wahlkampfs) leiden lassen. Durch die  
6 starke Einbindung vieler Jusos in die Arbeit vor Ort fehlte die notwendige Arbeitskapazität für  
7 eine gleichzeitige intensive Arbeit bei den Jusos Bayern. Genauso wie im Landesverband  
8 haben dabei auch viele regionale Juso-Strukturen gelitten.

9 Gleichzeitig ist eine Erkenntnis aus dem Wahlkampf, dass sowohl organisatorisch als auch von  
10 der Art der Ansprache her die Jusos Bayern bei weitem nicht mehr flächendeckend  
11 kampagnenfähig sind. Wir haben mit der Landtagswahlkampagne – und zwar trotz intensiver  
12 Arbeit daran und der Jusos vor Ort – die Zielgruppe offensichtlich nicht erreicht und nicht dazu  
13 beitragen können, dass das Wahlergebnis der SPD besser ausfiel.

14 Insgesamt bleibt festzustellen: Die Jusos Bayern sind derzeit weit davon entfernt, eine  
15 flächendeckend vertretene, die politische Debatte insbesondere unter jungen Menschen  
16 bestimmende Kraft zu sein. Die öffentliche Wahrnehmung ist mäßig. Das obwohl wir im Juso-  
17 Bundesverband inhaltlich stark arbeiten und in den Wahlkämpfen vor Ort oft eine treibende  
18 Kraft sind. Die Schuld dafür ist jedoch nicht nur bei den Jusos zu suchen, sondern auch bei der  
19 uninspirierten Arbeit der SPD-Bayern. Sie schafft es kaum die Leidenschaften von Jugendlichen  
20 zu wecken. Sie reagiert, wie im Fall des „Volksbegehrens gegen Studiengebühren“ nur auf die  
21 Handlungen anderer Parteien und ist oft zu träge um selbstständig Initiative zu ergreifen.  
22 Dabei werden auch Forderungen und Vorschläge der Jusos-Bayern übergangen, oder starke  
23 KandidatInnen von den Wahllisten ferngehalten.

24 Nach den Europawahlen steht bis etwa Ende 2016 eine Wahlkampf-freie Zeit an. Die Jusos  
25 Bayern müssen diese nutzen, um die Arbeit neu aufzustellen. Es gilt, den Verband insgesamt –  
26 die Landesebene ebenso wie die Bezirke und die Jusos vor Ort – so weiterzuentwickeln, dass  
27 die Jusos attraktiver für die Mitarbeit werden, dass sie ihre Inhalte in der politischen Diskussion  
28 verankern und Mehrheiten dafür erringen. Dafür müssen die Arbeitsstrukturen, die  
29 Öffentlichkeitsarbeit und die Bildungsarbeit erheblich weiterentwickelt werden. Dies wollen wir  
30 2014/15 angehen. Diese Veränderungen wollen wir auch in die SPD-Bayern hineinragen.

### 31 **Kampagne „Jugend darf was!“**

32 Wir wollen die politische Arbeit für die kommenden Jahre unter ein zentrales Motto stellen:  
33 „Jugend darf was!“

1 Die zentralen Inhalte werden Selbstbestimmung, Freiheit und Teilhabe sein. Unter den ersten  
2 beiden Aspekten müssen Themen, die stark in die individuelle Freiheit eingreifen, wie  
3 Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen, diskutiert werden. Doch hier geht es um mehr.  
4 Letztendlich muss die Gesellschaft jedem jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich selbst  
5 nach seinem/ihren Vorstellungen frei zu entfalten.

6 Hierzu gehören finanzielle und nicht-finanzielle Aspekte. Unter den finanziellen Aspekten sind  
7 sicherlich die Themen Ausbildungsentgelt, Schulgebühren, Ausbildungsgebühren und BAföG  
8 anzusprechen. Wichtig sind jedoch auch die nicht-finanziellen Entfaltungshemmnisse. Hierzu  
9 gehören Verbote, Gebote und die grundsätzliche Verteufelung der Jugendlichen. Aber auch  
10 Aspekte der Zensur von SchülerInnen-Zeitungen sind zu diskutieren.

11 Unter dem Aspekt Teilhabe sind die Mitgestaltungsmöglichkeiten junger Menschen an der  
12 Gesellschaft herauszustellen und Forderungen zu entwickeln, diese zu verbessern. Hier sollen  
13 aber auch gestalterische Forderungen erhoben werden, wie wir als Jusos uns eine gerechte  
14 Gesellschaft für jungen Menschen vorstellen.

15 Das letztendliche Hauptziel der Kampagne ist, die Grundidee von der Wahlkampagne „Dein  
16 Leben.“ fortzuführen: Die Jusos sind die Vertreter der jungen Menschen der Gesellschaft. Die  
17 Jusos werden sich für ihr Klientel einsetzen.

18 Der Landesvorstand wird die Grundzüge der Kampagne entwickeln und diese mit dem  
19 Basiskongress starten. Die Kampagne wird durch Publikationen, Veranstaltungen, soziale  
20 Netzwerke und durch die Hilfe der Untergliederungen gefahren.

## 21 **Arbeit des Landesvorstands**

22 Ein Problem der Arbeit der Jusos Bayern liegt auch in der organisatorischen Aufstellung des  
23 Landesvorstands. Es gelingt bisher zu wenig, Vorhaben tatsächlich und mit der eigentlich  
24 vorgestellten Qualität umzusetzen. Dies liegt vor allem auch daran, dass Zuständigkeiten  
25 unklar verteilt sind.

26 Daher wird der nächste Landesvorstand organisatorisch anders arbeiten. Innerhalb des  
27 Landesvorstands sollen Zuständigkeiten klar verteilt und an jeweils einer konkreten Person  
28 festgemacht werden. Dies schließt natürlich nicht aus, dass an konkreten Vorhaben auch  
29 weitere Personen mitarbeiten; klar soll aber sein, wer für die Umsetzung jeweils verantwortlich  
30 ist.

31 Dabei wird es insbesondere die folgenden Verantwortlichkeiten geben (wobei dem  
32 Landesvorstand überlassen bleibt, die Ressorts exakt zuzuschneiden):

- 33 • Kampagne „Jugend darf was!“
- 34 • Bildungsarbeit
- 35 • Kommissionen
- 36 • Organisationsentwicklung
- 37 • Pressearbeit

- 1 • Publikationen
- 2 • Kontakt zu anderen Organisationen

3 Hinzu kommen Zuständigkeiten für wichtige Themenfelder.

#### 4 **Strukturentwicklung**

5 Ein Schwerpunkt der Arbeit im kommenden Jahr wird es sein, die Strukturen der Jusos Bayern  
6 in der Fläche zu entwickeln. Dazu hat der Landesvorstand bereits eine Arbeitsgruppe  
7 eingesetzt, die allerdings wegen der Kommunalwahl bis zum Antragsschluss noch nicht  
8 einberufen wurde.

9 Ziel ist es, gemeinsam mit den Bezirken die Strukturen und die Verankerung der Jusos in den  
10 Landkreisen und Städten zu analysieren und Strategien zu entwickeln, an welchen Orten mit  
11 welchen Maßnahmen Strukturen entwickelt oder gefestigt werden können. Dazu gehören  
12 Analysen, wo eine AG-Neugründung auf Resonanz stoßen könnte, wie diese angegangen  
13 werden sollte und welche Unterstützung der Landesverband und die Bezirke dabei leisten  
14 müssen. Gleichzeitig soll auch die Unterstützung bestehender Gliederungen ausgebaut  
15 werden.

#### 16 **Kommissionen**

17 Die Arbeit in den vier Kommissionen „Internationales und Europa“, „Innenpolitik, Demokratie  
18 und Antifa“, „Umwelt und Energie“ sowie „Wirtschaft und Soziales“ wird fortgesetzt. Auch die  
19 Frauenkommission bleibt selbstverständlich bestehen.

20 Die Kommissionswochenenden laufen bisher nicht so erfolgreich, wie sie gedacht waren. Die  
21 Beteiligung ist vergleichsweise schwach, insbesondere auch deshalb, weil die Einladungen zu  
22 den Kommissionswochenenden erst zu kurzfristig versandt werden konnten und die  
23 Mobilisierung der Kommissionsmitglieder für die Wochenenden teilweise schlecht funktioniert.

24 Trotzdem erscheint eine Rückkehr zum alten System der an unterschiedlichen Tagen  
25 stattfindenden Kommissionssitzungen mit Blick auf den erheblichen organisatorischen Aufwand  
26 dafür und die ebenfalls schlechten Erfahrungen – insbesondere bei der Termintreue – nicht  
27 wünschenswert. Stattdessen müssen die Kommissionswochenenden weiterentwickelt und  
28 attraktiver gestaltet werden. Dazu gehört insbesondere ein langfristigerer Vorlauf bei der  
29 Einladung – sowohl mit den Themen der Kommissionen als auch mit den organisatorischen  
30 Rahmendaten, insbesondere dem Tagungsort – und eine attraktivere Gestaltung der  
31 Wochenenden selbst, insbesondere mit Blick auf den Austausch zwischen den Teilnehmerinnen  
32 und Teilnehmern auch über die Kommissionswochenenden hinweg. Bis zur Klausurtagung des  
33 Landesvorstands soll daher das für die Kommissionen verantwortliche Landesvorstandsmitglied  
34 gemeinsam mit den Kommissionsleitungen die Abläufe im Vorfeld und auf den  
35 Kommissionswochenenden überarbeiten. Außerdem können die Kommissionen bei Bedarf  
36 zusätzliche Sitzungen anberaumen.

37

## 1 Zielgruppenorganisationen

2 Auch 2014/15 unterstützt der Landesverband selbstverständlich die Arbeit der  
3 Zielgruppenorganisationen Juso-Hochschulgruppen und Juso-SchülerInnen. Ziel ist dabei, die  
4 beiden Organisationen – unter Berücksichtigung ihrer weitgehenden Autonomie – verstärkt in  
5 die Arbeit des Landesverbandes einzubinden, insbesondere mit Blick auf die  
6 Strukturentwicklung und die Kampagnenarbeit.

## 7 Bildungsarbeit

8 In der Bildungsarbeit ist über die Jahre die Ausfallquote der Seminare wieder erheblich  
9 gestiegen. Dabei zeigt sich, dass die Frage, ob ein Seminar die notwendige Teilnehmerzahl  
10 erreicht insbesondere davon abhängt, ob eine bestimmte Zielgruppe (insbesondere aus einer  
11 Kommission) mobilisiert werden kann. Viele Seminare scheitern daran, dass die Mobilisierung  
12 zu spät oder nicht nachdrücklich genug erfolgt.

13 Dies liegt auch daran, dass zwar das Seminarprogramm erstellt und verschickt wird, eine  
14 Nachbewerbung aber kaum erfolgt. Dies soll im nächsten Jahr verändert werden, indem der  
15 Newsletter genutzt wird: Regelmäßig soll auf die nächsten anstehenden Seminare hingewiesen  
16 werden. Es ist Aufgabe der bzw. des Verantwortlichen für die Bildungsarbeit im  
17 Landesvorstand, dies sicherzustellen.

18 Die hohen Ausfallquoten haben zu einer unguten Spirale geführt: Weil viele Seminare  
19 ausfallen, sind die Buchungen für die Tagungsorte nach hinten verschoben worden, um  
20 Ausfallgebühren zu vermeiden. Die Unklarheit über die Tagungsorte sorgt aber auch dafür,  
21 dass sich mögliche Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer nicht anmelden, weil sie nicht wissen,  
22 wohin sie dann fahren müssen. Daher soll hier eine höhere Verlässlichkeit sichergestellt  
23 werden. Ein Weg könnte sein, künftig auch Seminare auf bestimmten Wochenenden zu  
24 bündeln; dies böte auch die Möglichkeit, mit einem gemeinsamen Rahmenprogramm die  
25 Attraktivität weiter zu steigern.

## 26 Öffentlichkeitsarbeit

27 Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist 2014/15 insbesondere der Bereich der Publikationen  
28 zu überarbeiten. Die Erstellung von Publikationen im Landesvorstand dauert zu lange, es gibt  
29 kein Designkonzept, auf kurzfristige Entwicklungen wird kaum reagiert mit Material, auch nicht  
30 online. Dies gilt es dringend zu verbessern, hier wird das Hauptaufgabenfeld des oder der  
31 Verantwortlichen für Publikationen im Landesvorstand liegen.

32 Begleitet werden soll die Neuaufstellung durch eine Arbeitsgruppe unter Einschluss der  
33 Bezirke, die die Außendarstellung der Jusos Bayern aufarbeitet und dem Landesvorstand  
34 Vorschläge für eine Neukonzeption – insbesondere, aber nicht nur mit Blick auf Design,  
35 Publikationsformen und Sprache.

36 Daneben wird der Landesverband natürlich seine klassische Pressearbeit weiterführen und  
37 auch hier überlegen, wie mehr Präsenz in den Medien gelingen kann. Außerdem muss es

- 1 endlich gelingen, mit anderen Jugendorganisationen bzw. Organisationen, zu denen
- 2 inhaltliche Nähe besteht, in verstärkten Kontakt zu kommen.

# 1 Europa

## 2 E 1 Unser Europa. Solidarisch und offen.

### 3 Unser Europa. Solidarisch und offen.

4

5 Die Europäische Union als Zusammenschluss einzelner Staaten hat seit dem Ende des  
6 zweiten Weltkriegs den innereuropäischen Frieden gesichert. Dank der EU gibt es  
7 bereits ganze Generationen, die nicht in den Krieg ziehen mussten. Generationen, die,  
8 wenn überhaupt, Kriegsleiden nur aus Erzählungen oder Büchern kennen.

9

10 Dank der Europäischen Union kann man sich in Europa frei bewegen. Man kann seine  
11 Arbeits- oder Wirkungsstätte frei wählen. Grenzüberschreitender Handel ohne  
12 Wechselkursschwankungen werden auch von Privatleuten – gerade in den  
13 Grenzregionen – rege genutzt. Aber auch Urlaub ohne Visum und Wartezeiten an den  
14 Grenzen gehört zu den Vorteilen der EU, die für viele schon selbstverständlich  
15 geworden sind. Vor erst 25 Jahren – 1989 – war das für einen großen Teil der  
16 deutschen, aber auch für einen großen Teil der europäischen, Bevölkerung noch  
17 unmöglich.

18

19 Doch trotz dieser Errungenschaften und spürbarer Vorteile assoziieren viele Menschen  
20 mit der EU eine hohe Bürokratie und nicht nachvollziehbare gesetzliche Vorgaben. Für  
21 uns ist klar: Die EU ist ein Projekt, das unseren Frieden sichert und das Europa auf der  
22 Welt eine Stimme gibt. Die EU hat aber auch ein Demokratiedefizit, das behoben  
23 werden muss, und die EU darf sich nicht ad absurdum führen, indem sie sich mit  
24 kleinteiligen Rechtsprechungen beschäftigt.

25

26 Das größte Problem der EU ist die neoliberale Ausrichtung ihrer Politik in den letzten  
27 Jahren. Unter dem Deckmantel der Eurorettung wurden EU-Kommission,  
28 Europaparlament und Krisenländer entmachtet. Die Rettungsinstrumente höhlen in den  
29 betroffenen Ländern die Demokratie aus und würgen die Konjunktur ab. Südeuropa  
30 wird ein striktes Sparprogramm aufgezwungen, damit sich diese Länder auch dem  
31 neoliberalen Dogma, bestehend aus Privatisierung und Liberalisierung, anschließen.  
32 Europa hat sich zu einer Spielwiese für den freien Markt entwickelt. Und dort wuchert  
33 dieser und bringt ganze Nationalstaaten in Gefahr. Der Markt regelt sich nicht von  
34 selbst. Denn der freie Markt ist von Natur aus unsozial.

35

1 Es sind diese Aspekte, die korrigiert werden müssen, um die EU wieder mit breiter  
2 Akzeptanz in der Bevölkerung zu verankern. Der große Zulauf bei Parteien mit  
3 antieuropäischer Haltung zeigt uns, dass wir schnell handeln müssen.

4  
5 Wir wollen ein solidarisches, soziales und gerechtes Europa. Wir wollen kein Europa  
6 des Spardiktats durch zwei Regierungschefs. Wir wollen ein Europa, das durch seine  
7 Bevölkerung regiert und gelenkt wird.

8 Wir wollen ein Europa, das keine einseitige Politik für die Wirtschaft, insbesondere die  
9 Finanzwirtschaft macht.

10 Wir wollen ein Europa, das für jeden einzelnen Mensch spürbar positiv wirkt. Wir  
11 wollen ein Europa, das wieder begeistert.

12

### 13 **Ein demokratisches Europa**

14 Europa muss demokratischer werden. Das Europäische Parlament als einziges EU-  
15 Organ, dessen VertreterInnen direkt von den EU-BürgerInnen gewählt werden, muss mit  
16 dem Initiativrecht für die Gesetzgebung ausgestattet werden. Derzeit liegt dieses Recht  
17 nur bei der EU-Kommission, deren Mitglieder durch die Regierungen der  
18 Nationalstaaten benannt werden. Auch hier wollen wir ein demokratisches  
19 Berufungsverfahren: Die Mitglieder der EU-Kommission dürfen nicht länger in  
20 Hinterzimmerrunden der Nationalstaatsregierungen verhandelt werden. Der  
21 Kommissionspräsident soll künftig vom Parlament gewählt werden. Wir fordern, dass  
22 auch der Personalvorschlag vom Parlament kommen soll. Das sorgt nicht nur für  
23 Demokratisierung, sondern verleiht der Europapolitik auch ein öffentliches Gesicht. So  
24 kann eine größere Teilhabebereitschaft der europäischen Bevölkerung erreicht werden.  
25 Unter dem Aspekt der Demokratie ist auch die Transparenz anzusprechen. Für jedeN  
26 BürgerIn muss ersichtlich sein, wer in der EU für wen was macht und wer den  
27 Meinungsbildungsprozess beeinflusst. Das freiwillige Transparenzregister der EU als  
28 ein umfassendes Verzeichnis der LobbyistInnen in Brüssel, ist aber zu unkonkret und  
29 unvollständig, da sich z.B. einflussreiche Lobbygruppen und Kanzleien nicht beteiligen.  
30 Wir fordern deshalb eine Verpflichtung auf Eintragung der LobbyistInnen in dieses  
31 Register, um die Transparenz in den Entscheidungsfindungsprozessen zu erhöhen.  
32 Außerdem fordern wir eine öffentlich einsehbare Förderdatenbank, in der alle  
33 geflossenen EU-Förderungen aufgelistet werden. Diese Datenbank hat sowohl  
34 Fördergelder an staatliche Institutionen als auch Förderungen und Querfinanzierungen  
35 von Unternehmen zu enthalten.

36

### 37 **Ein soziales Europa**

38 Doch eine bloße Demokratisierung reicht nicht aus, um zu begeistern. Die Europäische  
39 Union muss auch wieder stärker als der Raum in Erscheinung treten, in dem die

1 Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Banken und Börsen, in dem es Arbeit  
2 und Ausbildung gibt, von dem die Menschen leben können, in dem kein Mensch bei  
3 Krankheit, unverschuldeter Not oder Hilfsbedürftigkeit verloren geht - ganz egal, ob  
4 er/sie in der EU geboren wurde oder nicht. Dazu muss die Europäische Union sozialer  
5 werden.

6

## 7 **Arbeiten in Europa**

8

9 Wir fordern die strikte Umsetzung der europäischen Jugendgarantie in Bayern. Jeder  
10 junge Mensch unter 25 Jahren muss, nach Abschluss der Ausbildung oder nachdem  
11 er/sie arbeitslos geworden ist, ein konkretes und qualitativ hochwertiges  
12 Arbeitsangebot erhalten.

13 Doch das darf nicht das einzige Instrument zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit  
14 bleiben. Daher fordern wir eine europaweite Übernahmepflicht für Auszubildende.  
15 JedeR, der/die die Ausbildung abgeschlossen hat, benötigt Sicherheit für die  
16 Arbeitssuche. Denn je länger diese dauert, desto größer wird die Lücke im Lebenslauf.  
17 Und je größer diese ist, desto schwieriger wird es, einen Arbeitsplatz zu finden. Daher  
18 fordern wir, dass jedeR, der/die seine/ihre Ausbildung abgeschlossen hat, von seinem  
19 Unternehmen übernommen werden muss. Diese Phase wird die nötige Sicherheit in  
20 der persönlichen Planung bieten.

21

22 Für die arbeitenden Menschen in Europa muss gelten: Arbeit muss sich lohnen. Im  
23 Koalitionsvertrag von SPD, CSU und CDU wurde der Mindestlohn für Deutschland  
24 vereinbart. Im europapolitischen Teil des Vertrages verpflichtete man sich auch, zu  
25 prüfen, ob ein europaweiter Mindestlohn einführbar ist. Wir sind uns einig: das ist er.  
26 Denn in fast allen Ländern der EU gibt es ihn schon. Für ganz Europa muss gelten:  
27 Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Dieses Prinzip schützt die  
28 arbeitende Bevölkerung vor Lohndumping, da der Standort des Arbeitsplatzes über  
29 den Mindestlohn entscheidet. Es verhindert unsoziales und ungerechtes Lohndumping  
30 sowie das Unterlaufen der örtlichen Löhne und Tarifverträge zum Wohle aller  
31 ArbeitnehmerInnen. Und schließlich fördert dies auch die Gleichstellung, denn dass  
32 Frauen und Männer bei gleicher Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten, ist für uns ein  
33 wichtiges Ziel – nicht nur in Bayern und Deutschland, sondern auch in Europa.  
34 Wir fordern, es dabei nicht nur bei einem Prüfauftrag, der im Sand verläuft, zu  
35 belassen. Wir fordern echte Anstrengungen zur Umsetzung dieser europaweiten  
36 Verbesserung für die ArbeitnehmerInnen.

37

38 Im Koalitionsvertrag wurde ebenfalls festgehalten, dass man sich einig ist, dass die  
39 Sozialrechte aus der EU-Menschenrechtscharta den Rechten des freien Marktes

1 gleichgesetzt werden sollen. Diese Maßnahme ist bitter nötig. Es kann nicht sein, dass  
2 durch EU-Recht wichtige ArbeitnehmerInnen-Rechte ausgehebelt werden. Auch hier  
3 fordern wir, es nicht nur bei dieser Ankündigung zu belassen. Wir fordern von der  
4 Bundesregierung echte und ernsthafte Anstrengungen, die Gleichsetzung der  
5 Sozialrechte aus der Menschenrechtscharta zu verwirklichen.

6

## 7 **Asyl in Europa**

8

9 Das europäische Asylverfahren ist in der Dublin-III-Verordnung geregelt. Nach dieser ist  
10 der Mitgliedsstaat, in den die Menschen einreisen, für jene AsylbewerberInnen  
11 zuständig. Andere Staaten können, wenn sie wollen, zwar Asylanträge von Menschen  
12 prüfen, die über einen anderen EU-Staat eingereist sind, müssen aber nicht. Sie können  
13 den Asylantrag auch ganz einfach zu dem zuständigen Einreisestaat überweisen. Das  
14 führt dazu, dass sich die Bundesrepublik Deutschland weitgehend aus allem heraus  
15 halten kann, da sie in der Mitte der EU liegt. Am meisten betroffen sind daher  
16 Spanien, Italien und Griechenland. Das sind gerade die Länder, die sowieso schon  
17 wirtschaftliche Schwierigkeiten haben.

18

19 Das verbessert die Lage der AsylbewerberInnen in diesen Ländern nicht. Der  
20 Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat beispielsweise am 21. Januar 2011  
21 Griechenland verurteilt, dass die dortigen Haft- und Lebensbedingungen für  
22 AsylbewerberInnen gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.  
23 Das Asylverfahren muss zwischen den Mitgliedsstaaten zukünftig solidarischer gestaltet  
24 werden. Wir fordern eine zentrale Asylantragsstelle der europäischen Union. Von dort  
25 aus sollen die AsylbewerberInnen gerecht auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.  
26 Die AsylbewerberInnen müssen menschenwürdig untergebracht werden. Sie flüchten  
27 aus ihrer Heimat und lassen dort alles, auch Haus und Besitz, zurück. Diesen Schritt  
28 macht man nicht aus einer Laune heraus. Das macht man nur, wenn man wirklich  
29 verzweifelt ist, um sein Leben fürchten muss und keine Alternative zu erkennen ist.  
30 Diese Menschen müssen ernst genommen und betreut werden. Eine solche Betreuung  
31 muss die Europäische Union von den Mitgliedsstaaten mit Nachdruck einfordern und  
32 zu einer Muss-Regelung machen. Ein sinnvolles sozialpädagogisches  
33 Betreuungsverhältnis ist zu beachten. Sie müssen wie Menschen behandelt werden -  
34 und nicht wie Menschen zweiter Klasse. Europa müsste dieses Denken nach dem  
35 zweiten Weltkrieg eigentlich überwunden haben.

36

37 Wir fordern außerdem die Abschaffung des privaten Sicherheitsdienstes „Frontex“ an  
38 Europas Grenzen und den damit eingehenden Abbau der „Festung Europa.“

1 Grenzsicherung ist staatliche Aufgabe und muss unter Bedingungen der  
2 Menschenrechte erfolgen.

3

#### 4 **Öffentliche Daseinsvorsorge - das Wasser bleibt vor Ort.**

5

6 Eine große Diskussion unter schwarz-gelb war die öffentliche Daseinsvorsorge. Hier  
7 haben die führenden Politiker\_innen von CDU/CSU dazugelernt. Die neue Koalition  
8 ist sich einig: Die Wasserversorgung muss in der Hand der Kommunen bleiben  
9 können. Hier darf die Europäische Union, und schon gar nicht ihre neoliberalen Kräfte,  
10 kein Mitspracherecht haben. Doch die öffentliche Daseinsvorsorge betrifft nicht nur die  
11 Wasserversorgung. Daseinsvorsorge bedeutet alles, was der Mensch zum Überleben  
12 benötigt. Das ist Wasser, Luft aber auch Gesundheit, Strom, Heizöl und Benzin. Denn  
13 ohne Benzin ist beispielsweise für viele der Weg zur Arbeit undenkbar. Es wirkt heute  
14 schon als Grundlage, um überhaupt Geld verdienen zu können. Bei Strom und Benzin  
15 werden die Kosten stetig in die Höhe getrieben.

16 Die Privatisierung der Stromversorgung war einer der größten neoliberalen Fehler. Wir  
17 fordern daher die Wiederverstaatlichung von Kliniken und der Stromversorgung in  
18 einer marktgerechten Form. Kleinere Projekte werden kommunalisiert, größere fallen in  
19 Landes- oder Bundeszuständigkeit.

20

#### 21 **Starke Wirtschaft in Europa, starke Wirtschaft**

22

23 Die Grundlage der Kommunen ist eine starke Wirtschaft. Unsere Wirtschaft ist komplex  
24 und international sehr verflochten. Man kann die Wirtschaft einer Region nicht ohne  
25 weiteres isoliert betrachten.

26

27 Die Bankenkrise betrifft auch viele Kommunen. Vor der Krise haben sich Banken  
28 gegenseitig Geld geliehen. Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen waren  
29 schnell vergeben. Nach der Krise haben sich die Banken damit schwer getan. Sie  
30 haben sich selbst untereinander kaum Geld verliehen. Noch jetzt sind die Kreditzinsen  
31 im Vergleich zum Leitzins teuer. Das ist auch ein Zeichen von fehlendem  
32 Marktvertrauen.

33

34 Daher müssen Maßnahmen entwickelt werden, die bewirken, dass die  
35 Wahrscheinlichkeit minimiert wird, dass es in der Zukunft zu einer erneuten Krise  
36 kommt. Deshalb fordern wir, dass Spekulationen auf Nahrungsmittel und Staatspleiten  
37 europaweit verboten werden. Eine große Belastung für die Stabilität der Finanzmärkte  
38 sind Leerverkäufe. Hier werden Aktien verkauft, die man nicht besitzt. Finanziert auf  
39 Kredit wird auf einen sinkenden Aktienkurs spekuliert. Denn nur dann, wenn dieser

1 sinkt, wird Profit gemacht. Wird Profit gemacht, schadet das der Aktie, was  
2 destabilisierend wirkt. Wird kein Profit gemacht, schadet es dem Kreditwesen.  
3 Deswegen müssen auch Leerverkäufe europaweit verboten werden.

4  
5 Ein weiterer destabilisierender Faktor ist der Hochfrequenzhandel. Hier wird der An-  
6 und Verkauf von Wertpapieren ausschließlich durch Computersysteme durchgeführt.  
7 Diese errechnen die optimalen kurzfristigen Gewinnspannen. Kein Wertpapier wird  
8 über Nacht gehalten. Wir fordern deshalb, dass auch der Hochfrequenzhandel  
9 europaweit verboten wird, um unsere Banken, ihre SparerInnen und Unternehmen vor  
10 unseriösen Finanzmarktspekulationen zu schützen.

11  
12 Die Krise zeigt uns, dass das Modell der finanzmarktgetriebenen Investmentbanken  
13 gescheitert ist. Vielmehr müssen Banken wieder verstärkt am Gemeinwohl orientiert  
14 werden und nur den Menschen in der Region und vor Ort dienen. Dieses wird primär  
15 von den öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken garantiert. Doch in den  
16 letzten Jahren wurde immer wieder versucht dieses System zu schleifen und jene  
17 Banken zu privatisieren. Mehr und mehr öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche  
18 Banken sollten in das Geschäftsfeld des Investmentbankings getrieben werden. Doch  
19 gerade diese Banken, deren Hauptfeld das Kreditgeschäft ist, waren es, die zur  
20 Stabilität und Sicherheit des Bankensystems in der Bundesrepublik Deutschland  
21 beigetragen haben. Daher sollten sie vor Privatisierungen geschützt werden.

22 Das Hauptproblem jedoch ist vor allem das Investmentbanking. Denn dieses stellte das  
23 größte Risiko für das Bankensystem dar. Dabei macht es keinen Unterschied, ob  
24 Investmentbanking unter einem Dach mit dem Kundengeschäft ist oder, wie im  
25 angelsächsischen Raum, in speziellen Investmentbanken betrieben wird. Das  
26 spekulative Investmentbanking produziert immer Risiken und Verluste, die massive  
27 Drittwirkungen über die Bank hinaus haben werden, da unser Wirtschafts- und  
28 Finanzsystem eng miteinander vernetzt sind. Vielmehr stellt sich nicht die Frage nach  
29 Trennbank- oder Universalbanksystem, sondern das Bankensystem muss insgesamt vom  
30 spekulativen Investmentbanking befreit werden.

31  
32 Daher müssen hochspekulative Finanzprodukte massiv reguliert und in einem weiteren  
33 Schritt verboten werden. Das Verbot von Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel kann  
34 jedoch nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Vielmehr muss der  
35 Eigenhandel zwischen den Banken abgeschafft werden. Nur noch Beziehungen  
36 zwischen Banken zugunsten von KundInnen sind zulässig.

37  
38 Für alle Banken haben zukünftig die strengen Regeln zur Absicherung von  
39 Risikopositionen mit Eigenkapital zu gelten. Hier soll der Verschuldungsgrad maximal

1 3% betragen. Dafür kann Basel III eine Richtlinie sein. Um eine Abwanderung der  
2 bestehenden Investmentabteilungen in sogenannte Schattenbanken, bestehend aus  
3 dubiosen Finanzunternehmen und Hedgefonds, zu unterbinden, sind diese zu  
4 verbieten. Es sind nur noch Banken zuzulassen, die sowohl den neuen strengen Regeln  
5 unterliegen als auch diese tatsächlich befolgen.

6

7 Der Staat hat öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken zu stärken, deren  
8 Geschäftsausrichtung sich am Gemeinwohl zu orientieren hat. Der Privatbankensektor  
9 ist unter der Prämisse der Gemeinwohlorientierung zusätzlich zu regulieren, um das  
10 erneute Erstarren von Modellen zu unterbinden, die auf spekulativen  
11 Investmentbanking beruhen. Daher fordern wir die Stärkung des öffentlichen und  
12 genossenschaftlichen Bankensystems. Nur dieses kann die Spareinlagen effektiv und  
13 sicher schützen. Ebenso muss die Risikoproduktion durch spekulatives Investmentbank  
14 zur Sicherung der gesamten Wirtschaft lahmgelegt werden!

15

16 Diese Maßnahmen können zukünftige Marktzusammenbrüche absichern. Das  
17 Geschehene lässt sich jedoch nicht ändern. Die letzte Krise haben zu großen Teilen die  
18 SteuerzahlerInnen gezahlt. Nun muss der Finanzmarkt endlich mit in Verantwortung  
19 genommen werden. Laut den Zusicherungen der Regierung Merkel hätte schon längst  
20 eine Finanztransaktionssteuer kommen sollen. Daher fordern wir die sofortige  
21 Einführung einer solchen, um die Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen.  
22 Dadurch können auch Rücklagen für zukünftige durch den Finanzmarkt verursachte  
23 Probleme geschaffen werden. Wir fordern, dass die Bundesregierung zielgerichtete  
24 und zielführende Anstrengungen unternimmt, die Finanztransaktionssteuer europaweit  
25 zu installieren. So wird Europas Wirtschaft gestärkt und damit auch die Wirtschaft  
26 Bayerns.

27

28 Doch die Europäische Union wirkt auch unmittelbar vor Ort. Ein wichtiges Instrument ist  
29 die Strukturförderung. Bei dieser werden Fördergebiete in Kategorien eingeteilt. Leider  
30 hat man bei den letzten Haushaltsberatungen über unsägliche Zustände diskutiert.  
31 Zwischen zwei Gemeinden, die weniger als 5 Kilometer zusammen liegen, hat man  
32 teilweise ein Fördergefälle von zehn Prozent. Hier werden Nachbargemeinden  
33 gegeneinander ausgespielt. Dahinter steckt kein Konzept, sondern reine Willkür. Unter  
34 dem Strich muss hier nur der Durchschnitt passen. Daher fordern wir eine Förderquote  
35 für eine Region. Nachbargemeinden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

36

37

38

39

## 1 **EU-Fördergelder für die Gemeinden vor Ort**

2

3 Die Europäische Union bietet weiterhin Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfond  
4 und dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE). Hier ist ein  
5 komplizierter Förderdschungel mit verschiedenen Voraussetzungen entstanden.  
6 Für viele Gemeinden, gerade für die kleineren, ist das zu kompliziert. Viele dieser  
7 Kommunen wissen oft nichts von den möglichen Fördermöglichkeiten. Daher fordern  
8 wir die Schaffung einer Beratungsstelle für EU-Förderungen als Anlaufstelle für  
9 BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen kleiner Gemeinden an den  
10 Bezirksregierungen. Bis zum 31. Dezember 2020 wird die EU mit insgesamt 1,46  
11 Milliarden Euro kulturelle Projekte fördern, Bayern wird 576 Mio Euro EFRe-Mittel  
12 bekommen und für den ESF sind europaweit 74 Milliarden Euro bewilligt.

13

14 Oftmals werden diese Förderungen aber von der Bevölkerung kaum wahrgenommen,  
15 unter anderem auch, weil viel PolitikerInnen nach wie vor Errungenschaften gerne "auf  
16 die eigene Fahne" schreiben, während Hindernisse und Bürokratie der EU angelastet  
17 werden. Sowohl aus Gründen der Transparenz, wie auch der Greifbarkeit des Begriffs  
18 "Europa" für die Menschen vor Ort, sollten zukünftig von der EU geförderte  
19 Maßnahmen öffentlich als solche zu erkennen sein - etwa durch einen Hinweis auf dem  
20 betreffenden Bauwerk oder den Informationsmedien entsprechender Programme.

21

## 22 **Unser Europa. Jetzt wird es ernst!**

23

24 Wir sind jung, wir sind die EuropäerInnen von morgen, wir lassen unser Europa nicht  
25 von Banken und Hedgefonds kaputt machen, sondern kämpfen für ein soziales,  
26 gerechtes und offenes Europa. Wir wollen ein menschliches Europa, das nicht nur der  
27 Wirtschaft freien Lauf lässt, sondern allen eine gerechte Zukunft ermöglicht. Das sich  
28 nicht als Festung den Flüchtlingen und MigrantInnen verschließt, sondern das sich allen  
29 Menschen gegenüber offen und solidarisch zeigt. Und wir wollen ein Europa, das  
30 erlebbar ist, das Austausch und Verständigung schafft und besonders jungen  
31 Menschen Perspektiven bietet.

32

33 Deshalb ist es nicht egal, wer am 25.Mai die Europawahlen gewinnt! Deshalb ist es  
34 wichtig, dass wir am 25. Mai ein deutliches Signal für ein anderes, für ein soziales  
35 Europa setzen! Deshalb werden wir zeigen, welches Europa wir wollen!

## **E 4 Resolution: Wider dem rechten Populismus in Europa – Unsere Antwort heißt Solidarität!**

### **1 Eine Idee in der Krise?**

2 Europa, so scheint es, hat abgewirtschaftet. Nicht nur was Finanz- und Wirtschaftskrise  
3 angeht, sondern auch als Idee. Schon seit Jahren heißt es, die Menschen würden aus Europa  
4 nur Regeln und Bürokratie vernehmen, Kosten und Einschränkungen ihrer „nationalen  
5 Souveränität“. Nationalismus und Europafeindlichkeit sind nicht nur salonfähig wie lange nicht  
6 mehr, das Misstrauen gegenüber den Anderen und die gemeinsame Skepsis auf Brüssel ist  
7 derzeit vielleicht eines der am meisten verbindenden Elemente in allen Ländern Europas.  
8 Doch wenn in Deutschland auf „die faulen Südeuropäer“ herabgeschaut wird, wenn  
9 europaweit Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit auf dem Vormarsch sind, wenn die  
10 wichtigsten Grundfesten der europäischen Einigung angegriffen werden, dann muss es für uns  
11 Jusos heißen: Klare Kante gegen Rechts, besonders im Europawahlkampf!

12

### **13 Die europäische Gemeinschaft der Rechten**

14 Die AfD träumt von ihrem triumphalen Einzug ins Europaparlament, und sie befindet sich damit  
15 in „guter“ Gesellschaft: In beinahe allen EU – Staaten sind sog. rechtspopulistische bis  
16 rechtsextreme Parteien seit Jahren in den Parlamenten vertreten, und auch auf der Suche nach  
17 einer passenden Fraktion im EU Parlament wird sich die AfD nicht lange umschauen müssen.  
18 Ob die Front National in Frankreich, die UK Independent Party oder Gerd Wilders rechtes  
19 Projekt in den Niederlanden: Gerade vor der einzigen direkten, gemeinsamen Wahl aller EU  
20 BürgerInnen feiert der Rechtspopulismus in Europa Hochkonjunktur.  
21 Diese Entwicklung ist beileibe nichts Neues. Vor jeder Europawahl werden die Ängste vor dem  
22 bürokratischen „Monster“ in Brüssel geschürt, bei jeder Wahl treten auch demokratische  
23 Parteien in allen Ländern mit dem Motto an, am meisten für das „eigene“ Land in Europa  
24 herauszuholen. Eine europäische Öffentlichkeit für die europäische Demokratie fehlt nach wie  
25 vor. Dieser Schwäche des europäischen Gedankens, und der besonders in wirtschaftlichen  
26 Krisen verbreiteten Angst der BürgerInnen ist es zu verdanken, dass wir einen historischen  
27 Wahlerfolg der Rechten in Europa befürchten müssen.

28

### **29 Wehret den Anfängen – Gegen die fremdenfeindliche Debatte der „Armutsmigration“**

30 Eine neue Qualität an populistischer Fremdenfeindlichkeit zeigt derzeit die Debatte zur sog.  
31 „Armutsmigration“, die in Deutschland in erster Linie von der CSU in regelmäßigen Abständen  
32 befeuert wird - und das trotz der von Arbeitsagentur und Forschungsinstituten bestätigten  
33 Tatsache, dass MigrantInnen in keiner Weise mehr Sozialleistungen erhalten als Menschen  
34 mit deutschem Pass. Dass sie eben auch nicht häufiger mehr Leistungen erhalten, als ihnen  
35 nach dem Gesetz zusteht, als dies EmpfängerInnen mit deutschem Pass tun. Und das ganz  
36 besonders kein „Ansturm“ osteuropäischer „Sozialtouristen“ zu erwarten ist. Im Gegenteil: Viel  
37 häufiger als andere ArbeitnehmerInnen sind MigrantInnen in Deutschland das Opfer

1 ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse. Überproportional oft müssen sie trotz guter Qualifikationen  
2 prekäre Beschäftigungsverhältnisse annehmen und stehen ihren ArbeitgeberInnen oft deutlich  
3 schutzloser gegenüber als ihre "einheimischen" KollegInnen.  
4 Dennoch wird in Deutschland wie anderswo in aller Seelenruhe das Bild von den faulen  
5 AusländerInnen reproduziert, die dem "braven deutschen Steuerzahler" auf der Tasche liegen.  
6 Ein solches Ausmaß an plumper Rhetorik und dem schüren ausländerInnenfeindlicher  
7 Ressentiments erinnert in trauriger und bedenklicher Weise an die Diskussion um den  
8 „Asylmissbrauch“ Anfang der 1990er Jahre. Und wie damals scheinen selbst etablierte  
9 Parteien aus dem bürgerlichen Lager keinerlei Hemmschwellen zu besitzen, für ein paar  
10 Stimmen von rechts gegen ausländische MitbürgerInnen zu hetzen. Und dies eingedenk der  
11 Folgen dieser Rhetorik in den Brandanschlägen der 1990er, eingedenk der fremdenfeindlichen  
12 Mordserie des NSU!  
13 Hier gilt es für Jusos und SPD besonders im anstehenden Europawahlkampf, klare Kante zu  
14 zeigen und klarzustellen: Deutschland und Europa hat kein Problem des Sozialmissbrauchs,  
15 weder durch Migrantinnen und Migranten, noch durch sonst irgendwen! Deutschland und  
16 Europa haben ein Problem mit nationalistischem und menschenfeindlichem Gedankengut!  
17 Nicht über „Armutsmigration“ müssen wir debattieren, sondern über Armut und Reichtum – in  
18 ganz Europa. Nicht über Abschottung, sondern über Solidarität!

19

### 20 **Offene Grenzen für Europa – Angst nehmen, nicht ausnutzen**

21 Spätestens jedoch seit dem knappen Ergebnis des Volksentscheides zur  
22 „Masseneinwanderung“ in der Schweiz spüren auch die VertreterInnen von Abgrenzung und  
23 Kontrolle innerhalb der EU Rückenwind für ihre überholten Vorstellungen. Als Jusos dürfen wir  
24 nicht zulassen, dass ein Zurückdrehen der europäischen Einigung wieder salonfähig wird,  
25 dass durch Hetze und Vorurteile eine der wichtigsten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts  
26 zunichte gemacht wird. Die Freizügigkeit aller Menschen in Europa ist und bleibt für uns die  
27 wichtigste Säule der europäischen Einheit. Gerade in Zeiten, in denen der freie Fluss des  
28 Kapitals und der unbeschränkte Wettbewerb über alle Grenzen hinweg schon lange Realität  
29 sind.

30 Die Angst der Menschen in Zeiten der Krise muss ernstgenommen werden, vor allem aber muss  
31 ihr ernsthaft entgegen getreten werden. Niemals dürfen wir als Jusos akzeptieren, dass  
32 rassistische und fremdenfeindliche Ideologien in Europa wieder Fuß fassen. Niemals dürfen wir  
33 akzeptieren, wenn auch PolitikerInnen etablierter Parteien diese Angst schüren und „die  
34 Anderen“, die Migrantinnen und Migranten oder andere Minderheiten als die „Schuldigen“ für  
35 die eigenen wirtschaftlichen Nöte anbieten! Und niemals dürfen wir es unbeantwortet lassen,  
36 wenn selbst Mitglieder unserer Partei auf diese perfide Art auf Stimmenfang gehen!  
37 Die Abstimmung in der Schweiz hat gezeigt, dass die höchsten Zustimmungsraten für das  
38 Volkbegehren gerade nicht in den Regionen zu verzeichnen waren, in denen der höchste  
39 Anteil an MigrantInnen wohnt. Es waren also eben nicht jene SchweizerInnen, die von hohen  
40 Mieten in den zuzugsreichen Ballungsräumen betroffen sind, die sich mehr Abschottung  
41 wünschten. Es zeigt sich also einmal mehr, dass sich die Angst vor dem Fremden und das  
42 Misstrauen gegenüber dem Neuen am besten dort überwinden lässt, wo der meiste alltägliche  
43 Austausch besteht. Es bedeutet aber auch, dass sich die Angst vor „Überfremdung“ noch

1 immer am wirksamsten dort erzeugen lässt, wo der persönliche Austausch und die persönliche  
2 Erfahrung der Menschen mit dem Phänomen Migration am geringsten ist.

3 Für uns Jusos muss das heißen: Mehr Austausch, mehr Interaktion und nach wie vor mehr  
4 Aufklärung. Lasst uns all jenen entgegentreten, die mit den Ängsten der Menschen spielen und  
5 ihnen ein Europa der Grenzen als einfache Lösung anbieten. Ein Europa ohne offene Grenzen  
6 ist überhaupt kein Europa!

7

### 8 **Wer frei sein will, darf nicht in einer Festung wohnen!**

9 Klar ist für uns aber auch, dass die Freizügigkeit der Menschen nicht an den Grenzen der EU  
10 Halt machen darf. Es grenzt schon an Heuchelei, wenn EU VertreterInnen zwar die  
11 Abgrenzungspolitik der Schweiz kritisieren, auf der anderen Seite aber seit Jahrzehnten an der  
12 Festung Europa bauen. Es ist mit unserem Verständnis eines solidarischen und freien Europas  
13 unvereinbar, dass sich die EU Staaten ihrer Verantwortung für Flüchtlinge entziehen, dass  
14 Asylsuchende unter menschenunwürdigen Bedingungen in Auffanglagern kaserniert werden  
15 und dass seit Jahren eine Politik vorherrscht, die auf Abschreckung und Verfolgung beruht.  
16 Für uns Jusos gilt weiterhin: Kein Mensch ist illegal. Ein freies und offenes Europa kann sich  
17 nicht nach außen abgrenzen.

18

### 19 **Für ein solidarisches Europa, gegen rechte Abschottung und Panikmache – Auf uns kommt es 20 an!**

21 Wir wissen, dass die EU heute noch nicht das Europa ist, das wir wollen. Wir wissen, dass es  
22 vielleicht mehr denn je ein Europa der Banken und GroßverdienerInnen ist, der Sparpakete  
23 und Jugendarbeitslosigkeit. Es ist ein Europa, in dem viele wieder so verzweifelt sind, dass sie  
24 ihren Frust und ihre Unsicherheit an MigrantInnen und Flüchtlingen ausleben. In dem Merkel  
25 und Co. ungeniert einem ganzen Kontinent ihre kurzsichtige Doktrin eines ausgeglichenen  
26 Haushalts um jeden Preis aufdrücken können, frei nach dem altbekannten Motto: „Am  
27 deutschen Wesen muss die Welt genesen!“. Und es ist auch immer noch die Festung Europa,  
28 an deren sichtbaren und unsichtbaren Mauern jedes Jahr tausende von Flüchtlingen  
29 zerschellen.

30

31 Wir kämpfen für ein anderes Europa! Wir wollen ein solidarisches Europa, dass nicht mehr  
32 von nationalen Chauvinismen regiert wird. In dem Freiheit nicht nur für die Märkte gilt,  
33 sondern endlich für die Menschen! Ein Europa, das sich auch endlich seiner Verantwortung für  
34 seine menschenverachtende Flüchtlingspolitik klar wird. Dafür wollen wir im Europawahlkampf  
35 und darüber hinaus kämpfen!

# Arbeit und Soziales

Adressierte: Juso-Bundeskongress

## A 1 Damit noch Zeit zum Leben bleibt... Arbeitszeiten anpassen!

1 Im Erwachsenenalter ist man nicht nur ArbeitnehmerIn: man gründet eine Familie, möchte sich  
2 ehrenamtlich engagieren, sich weiterbilden oder einfach mal einen Gang runter fahren, man  
3 muss sich um die älter werdenden Eltern kümmern oder auch Pflegeaufgaben übernehmen. Die  
4 Erwerbsbiographie verläuft nicht immer nur nach oben – es muss auch möglich sein, für eine  
5 bestimmte Zeitspanne die Arbeitszeit anzupassen, um dem Leben die nötige Zeit zu geben.

6 Leider haben sich flexible Arbeitszeitmodelle bei den ArbeitgeberInnen noch nicht  
7 flächendeckend durchgesetzt. Einzelne Unternehmen oder Behörden haben zwar bereits  
8 erkannt, dass eine individuell angepasste Arbeitszeit die ArbeitnehmerInnen motiviert, dass  
9 sich Stress abbaut und somit auch im Sinne eines betrieblichen Gesundheitsmanagements  
10 sinnvoll ist und den MitarbeiterInnen mehr Raum für Entfaltung und Entwicklung lässt. Doch  
11 können die meisten ArbeitnehmerInnen von flexiblen Anpassungen ihrer Arbeitszeiten nur  
12 träumen. Dabei ist einzubeziehen, dass sich in den letzten ca. 100 Jahren die  
13 gesamtwirtschaftlich benötigte Arbeitsmenge durch den technischen Fortschritt, Rationalisierung  
14 und damit verbundene Produktivitätssteigerung immer weiter reduzierte, während die Menge  
15 der produzierten Waren und Dienstleistungen anstieg. Mittlerweile sind wir an einem Punkt  
16 angelangt, an dem erwirtschaftete Mehrwerte aber auch die vorhandene Arbeitsmenge neu  
17 verteilt werden müssen. ArbeitgeberInnen haben in ihrem Sparwahn um Lohnnebenkosten die  
18 vorhandene Arbeit auf immer weniger Arbeitsplätze verteilt. Es gibt auf der einen Seite  
19 diejenigen, die übermäßig Überstunden anhäufen, an Burn-out, Migräne oder Depressionen  
20 leiden, weil das Arbeitsvolumen nicht zu bewältigen ist. Dem gegenüber stehen Millionen  
21 Arbeitslose in Deutschland und weitere Millionen, die nur einen Mini- oder Midijob haben und  
22 ihren Lebensunterhalt damit gar nicht finanzieren können.

23 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- 24 - Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung

25

26 Schon immer kämpfen Sozialdemokrat\*innen und Gewerkschaftler\*innen für kürzere  
27 Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich und konnten dabei etliche Erfolge feiern. So konnte  
28 man die 6-Tage-Woche mit einem jeweils 10-Stunden-Arbeitstag in eine 5-Tage-Woche mit  
29 einem maximalen 8-Stunden-Arbeitstag überführen. In manchen Branchen konnte sogar von  
30 den Gewerkschaften eine 35-Stundenwoche erkämpft werden. Doch im Moment dreht sich der  
31 Trend um. So müssen immer mehr Arbeitnehmer\*innen auch regulär samstags wieder arbeiten  
32 und für viele wird die 6-Tage-Woche immer mehr zum Alltag. Insgesamt ist zu beobachten,  
33 dass die Wochenarbeitszeit bei Vollbeschäftigten wieder beginnt zu steigen!

34

1 Offiziell sind in der Bundesrepublik Deutschland im Moment (Stand Dezember 2013) ca. 2,9  
2 Millionen Menschen arbeitslos. Weitere 3,8 Millionen Menschen sind sogenannte  
3 Unterbeschäftigte, also 1-Euro-Jobber, Hartz-IV-Aufstocker und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte!  
4 Somit haben ca. 6,7 Millionen Menschen keine oder keine ausreichende Arbeit, von der sie  
5 leben können. Dem gegenüber steht, dass immer mehr Menschen mehr arbeiten müssen. Statt  
6 das Mehr an Arbeit für die Arbeitnehmer\*innen zu erhöhen, sollte man das Mehr an  
7 Arbeitszeit auf breitere Schultern verteilen! Etwa eine Million Menschen arbeiten mittlerweile  
8 über 50 Stunden die Woche im Niedriglohnsektor um überhaupt über die Runden zu kommen.

9

10 Doch wie die letzten 30 Jahre gezeigt haben, ist die wachstumsorientierte Arbeitsmarktpolitik  
11 nicht dem Schritt der Vollbeschäftigung näher gekommen, sondern hat vielmehr durch das  
12 Heer an arbeitslosen Menschen und Unterbeschäftigten zu einem Druck auf die  
13 Arbeitnehmer\*innen geführt, sich bei Lohnerhöhungen zurückzuhalten und eine höhere  
14 Wochenarbeitszeit in Anspruch zu nehmen. Dieser ruinöse Unterbietungswettbewerb bei  
15 Arbeitnehmer\*innen fördert auch den Niedriglohnsektor und solch diskriminierenden  
16 Arbeitsformen wie Leiharbeit und Werkverträge ohne gewerkschaftliche Interessensvertretung.  
17 Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden! Daher ist eine allgemeine  
18 Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden-Woche nötig!

19

20 Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ermöglicht es 1. dass mehr Menschen in den  
21 Arbeitsmarkt einbezogen werden, dass es 2. zu einer gerechteren Verteilung von Erwerbs- und  
22 Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter kommt, was entscheidend zu einer tatsächlichen  
23 Gleichstellung der Geschlechter beiträgt, und 3. den individuellen Lebensentwurf zu  
24 verwirklichen (Ehrenamt, Freizeit, Ruhephasen, Sport).

25 - Für Familien einen Ausbau an Familienzeitmodellen

26

27 Eltern müssen mit Familie und Beruf über mehrere Jahre einen besonders großen Spagat  
28 schaffen. Teilzeitarbeit bedeutet meist das Karriere-Aus und viele Familien können sich nicht  
29 leisten, dass eines der Elternteile über mehrere Jahre komplett aus dem Beruf ausscheidet oder  
30 eben über mehrere Jahre nur Teilzeit arbeitet. Tradierte Rollenmuster führen außerdem dazu,  
31 dass meist Frauen für die Familienfürsorge auf Teilzeit reduzieren, was im Alter zu  
32 Abhängigkeitsverhältnissen oder zu Altersarmut führen kann. Insbesondere braucht es ein  
33 Rückkehrrecht nach Teilzeitarbeit in vergleichbare Vollzeitbeschäftigung.

34 Manuela Schwesigs Vorschlag eines Familienzeitmodells hat die Diskussion über vollzeitnahe  
35 Arbeitsmodelle, also Arbeitsverhältnisse, die deutlich mehr als eine Halbtagsstelle, aber noch  
36 keine Vollzeitbeschäftigung sind (ca. 75 Prozent der Vollzeit), wieder in Gang gebracht.  
37 Diesen Vorstoß unterstützen wir. Eltern sollen nach der Elternzeit für die Dauer von 3 Jahren  
38 ihre Arbeitszeit unter einem sozial gestaffeltem Lohnausgleich aus Steuermitteln und unter  
39 arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung reduzieren können. Eine  
40 lebenslaufbezogene Zeitpolitik muss unterschiedlichen Zeitbedürfnissen in unterschiedlichen

1 Lebensphasen Rechnung tragen. Deshalb soll diese Familienzeit von den Eltern in Anspruch  
2 genommen werden können, wann sie es möchten, und sie soll gestückelt werden können, denn  
3 es gibt in jeder Familie ganz unterschiedliche Phasen, in denen mehr Zeit für das private Leben  
4 notwendig ist (Kleinkindalter, Einschulung, Schulwechsel, Pubertät, Krankheit des Kindes etc.).  
5 Die Elternteile müssen die Familienzeit aber zu gleichen Anteilen in Anspruch nehmen, um die  
6 Rollenmuster des männlichen Ernährermodells zu durchbrechen! Das Recht auf Rückkehr auf  
7 einen Vollzeitarbeitsplatz fordern wir auch nach der Familienzeit.

8 - Die Stärkung flexibler Arbeitszeitmodelle

9 Um individuellen Bedürfnissen im Lebensverlauf jedes Arbeitnehmers und jeder Arbeitnehmerin  
10 Rechnung zu tragen, sollen die Arbeitszeitmodelle insgesamt flexibler gestaltet werden. Wir  
11 fordern von der Bundesregierung, ein Anreizsystem für Unternehmen zu schaffen, um  
12 Langzeitarbeitszeitkonten verstärkt einzuführen. Mit Arbeitszeitkonten können  
13 ArbeitnehmerInnen Arbeitsphasen einplanen, in denen sie viel arbeiten und sich viel  
14 Arbeitszeit ansparen, die sie dann für eine nächste Phase verwenden können, um Arbeitszeit  
15 zu reduzieren. Der Lohn bleibt während dieser wechselnden Arbeitszeitphasen konstant. Auf  
16 diese Weise können sich ArbeitnehmerInnen Zeit, die sie etwa für eine geplante  
17 Weiterbildung, für die Familie, die Eltern oder für ein Freizeitprojekt benötigen, erarbeiten.  
18 Dieses Modell ist aufgrund seiner individuellen und flexiblen Anpassung äußerst attraktiv für  
19 ArbeitnehmerInnen und kann auch so eingesetzt werden, dass es für das Unternehmen keine  
20 Schäden verursacht. Auch die Möglichkeiten von Job-Sharing soll ausgebaut werden, was  
21 durch ein Anreizsystem des Bundes forciert werden soll. Ferner sollen ein Rechtsanspruch auf  
22 Arbeitszeitreduzierung eingeführt werden und kurzzeitige Unterbrechungen der Arbeit mit  
23 Rückkehroptionen möglich sein, wenn es etwa um die Pflege der Eltern geht. Dabei ist bei allen  
24 Modellen der flexiblen Arbeitszeitgestaltung darauf zu achten, dass diese nicht zu einer  
25 Entgrenzung der Arbeit führen. Schon jetzt gilt in vielerlei Branchen die permanente  
26 Erreichbarkeit der Mitarbeitenden als normal. Um die Erholungsphasen von der Arbeit und die  
27 Zeit für das Private zu schützen, sind auch Maßnahmen und Anreize einzuleiten, eine  
28 Entgrenzung der Arbeitszeit zurückzuweisen.

AdressatInnen: Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag SPD Bundesparteitag

### **A 3 Unterstützung der Hebammen und EntbindungspflegerInnen**

29 In den letzten Jahren sind die Haftpflichtversicherungsbeiträge für Hebammen und  
30 EntbindungspflegerInnen rasant gestiegen. Noch 2003 zahlten diese 453 Euro jährlich für ihre  
31 Berufshaftpflichtversicherung. Doch ist diese Prämie bis heute um das etwa zehnfache  
32 angestiegen – 2012 lag der Beitragssatz bei 4.242 Euro. Im Juli 2014 soll der Beitrag erneut  
33 um 20 % erhöht werden – es sind 5.091 Euro angekündigt. Damit müsste eine Hebamme ab  
34 Juli 2014 mehr als 7 Hausgeburten (Vergütung je Hausgeburt beträgt 703,08 Euro) bzw. mehr  
35 als 18 Krankenhausgeburten als Beleghebamme durchführen, um allein die

1 Versicherungskosten wieder hereinzubekommen. Dies bringt die freiberuflichen Hebammen,  
2 die für einen durchschnittlichen Netto-Stundenlohn von 8,50 Euro arbeiten, in eine  
3 wirtschaftlich unrentable Lage. Betrachtet man den enormen zeitlichen Aufwand, der mit der  
4 Begleitung einer Geburt ansteht (Vor- und Nachbereitung), ist es für eine Hebamme nicht zu  
5 schaffen, von ihrer Selbständigkeit zu leben. Die Folge: Immer mehr freiberufliche Hebammen  
6 stellen ihre Geburtshilfeleistungen ein. Ab 2015 gibt es nach jetzigem Stand keine bezahlbare  
7 Haftpflichtversicherung für freiberuflich tätige Hebammen und EntbindungspflegerInnen mehr,  
8 da die Nürnberger Versicherung zum 1. Juli 2015 aus den beiden letzten verbliebenen  
9 Versicherungskonsortien für Hebammen aussteigen wird. Die Gründe für den enormen  
10 Prämienanstieg der Berufshaftpflichtversicherung liegen im medizinischen Fortschritt: Kinder mit  
11 Geburtsschäden haben eine höhere Lebenserwartung und werden damit auch länger  
12 behandelt, als noch vor 10 oder 20 Jahren. Es gibt nachweislich nicht mehr Geburtsschäden  
13 als früher, aber die Behandlung und Pflege nach schweren Komplikationen werden immer  
14 vielfältiger, andauernder und letztlich teurer. Auch Einkommen, das das geschädigte Kind nicht  
15 erzielen kann, müsse von der Versicherung ausgeglichen werden. Hinzu kommt, dass eine  
16 Hebamme bis zu 30 Jahre nach der Geburt des Kindes für einen entstandenen Schaden  
17 haftbar gemacht werden kann. Für die Versicherungsunternehmen sind Geburtsschäden somit  
18 zu einem extrem schwer zu kalkulierendem Risiko geworden.

19  
20 Ohne freiberufliche Hebammen ist eine selbstbestimmte Geburt, die z.B. im Geburtshaus oder  
21 als Hausgeburt stattfindet, somit nicht mehr möglich. Auch die wertvolle Begleitfunktion einer  
22 Hebamme für Familien fällt damit weg, die Ärzte meist aus mangelnder Zeit gar nicht so leisten  
23 können. Eltern werden in einer sehr wichtigen Lebensphase allein gelassen und können nicht  
24 mehr auf den wichtigen Rat und die wertvolle Erfahrung von Hebammen zurückgreifen.

25  
26 Wir Jusos stehen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, auch und gerade im  
27 Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt. Jede schwangere Frau muss sich frei  
28 entscheiden können, wie und wo sie entbinden möchte. Die Wahlfreiheit des Geburtsortes und  
29 die Betreuung durch eine freiberufliche Hebamme ist für uns hier ein essentielles Recht.

30 Wir unterstützen die Proteste der Hebammen und EntbindungspflegerInnen und fordern eine  
31 **Neuregelung der Berufshaftpflichtversicherung** der Hebammen und GeburtspflegerInnen mit  
32 einer **Haftungsobergrenze** sowie eines **staatlich finanzierten Hilfsfonds**, der sich an diese  
33 Haftungsobergrenze anschließt. Auch **Regressforderungen** der Krankenkassen gegenüber den  
34 Haftpflichtversicherungen müssen **begrenzt** werden. Außerdem fordern wir eine angemessene  
35 und faire Bezahlung von Hebammen und EntbindungspflegerInnen. Ferner sind in  
36 strukturschwachen Gegenden finanzielle Anreize zu schaffen, damit sich hier freiberufliche  
37 Hebammen oder EntbindungspflegerInnen niederlassen und die Wahlfreiheit der Frauen auch  
38 in diesen Gegenden gesichert ist.

Adressaten: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag Bayern, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

## **A 5 Politisches Streikrecht**

1 Das Grundgesetz schützt das Streikrecht in Deutschland. Das politische Streikrecht ist allerdings  
2 aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von Anfang der 50er Jahre  
3 dadurch nicht abgedeckt. Das Arbeitsleben wird jedoch nicht nur durch Tarifverträge,  
4 Betriebsvereinbarungen und individuelle Arbeitsverträge geregelt und beeinflusst. Die Rolle des  
5 Staates ist bei der Regelung von Arbeitsverhältnissen nicht zu unterschätzen, da der Staat die  
6 Mindestrechte der ArbeitnehmerInnen bestimmt. Er regelt das Kündigungsrecht und das  
7 Sozialversicherungssystem, das allein aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen bezahlt  
8 wird. Allerdings haben die Beschäftigten auf diese Regelungen im Gegensatz zu den  
9 UnternehmerInnen keinen Einfluss. Die UnternehmerInnen können ihre Betriebe schließen und  
10 ins Ausland abwandern, wenn ihnen eine im Inland geltende Regelung nicht passt. Die  
11 Beschäftigten verfügen über keine gleichwertige Möglichkeit, diese Regelungen zu beeinflussen  
12 oder zu umgehen. Das kollektive Kampfmittel Streik macht jedoch nur dann Sinn, wenn damit  
13 auch wirklich alle Bereiche des Arbeitslebens umfasst sind.

Wir fordern daher:

-Beschäftigte haben das Recht, gegen jede Gesetzesänderung zu streiken.

-Beschäftigte haben das Recht, gegen jede Änderung des Sozialversicherungsrechts zu streiken.

-Die Ausübung des Streikrechts darf keine Entlassung zur Folge haben.

-Das Mittel des politischen Streiks soll der Generalstreik sein.

Daher fordern wir die Einführung eines politischen Streikrechts.“

Adressaten Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag Bayern, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

## **A 6 Die Kosten von Betreuungsverfahren nicht den Betroffenen aufbürden**

14 Immer mehr Menschen in Deutschland sind von rechtlicher Betreuung betroffen, was bedeutet,  
15 dass unter gerichtlicher Aufsicht einE BetreuerIn mit der rechtlichen Vertretungsmacht für eine  
16 volljährige Person beauftragt wird. Derartige Betreuungen können im Falle psychischer  
17 Erkrankungen oder geistiger Behinderungen beantragt werden, wenn anzunehmen ist, dass  
18 der/die Betreute seine/ihre Angelegenheiten nicht mehr eigenständig erledigen kann.

19 Der Widerstand gegen derartige Anordnungen ist für die Betroffenen häufig mit hohen Kosten  
20 verbunden. Diese Kosten werden, selbst bei erfolgreichem Widerstand, häufig den Betroffenen  
21 aufgebürdet. Die erfolgreiche rechtliche Überprüfung solcher Maßnahmen scheidet daher  
22 häufig an den Kosten. Die Einschaltung eines kompetenten Rechtsanwaltes erhöht den Erfolg

1 gegen die Anordnung von Betreuungen signifikant, ist jedoch für die Betroffenen auch sehr  
2 teuer. Darüber hinaus sind die betroffenen Menschen auf eine solche Hilfe dringend  
3 angewiesen, da sie aufgrund einer Unterbringung oder Ähnlichem teilweise nicht selbst die  
4 notwendigen Schritte unternehmen können. Der bisherige Zustand, dass die Gerichte selbst  
5 entscheiden können, ob die Staatskasse für die Kosten bei Erfolg aufkommt oder nicht, ist nicht  
6 tragbar. Wer zu Unrecht von derartigen staatlichen Maßnahmen betroffen ist und sich  
7 dagegen erfolgreich wehrt, darf nicht auf den Kosten sitzen bleiben.

8 Wir fordern daher, dass der Paragraph 307 FamFG wie folgt gefasst wird:

9 In Betreuungssachen muss das Gericht die Auslagen des Betroffenen in Höhe der  
10 Gebührenordnungen, soweit sie zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung geeignet waren,  
11 ganz der Staatskasse auferlegen, wenn eine Betreuungsmaßnahme nach den §§1896 bis  
12 1908i des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgelehnt, als ungerechtfertigt aufgehoben,  
13 eingeschränkt oder das Verfahren ohne Entscheidung über eine solche Maßnahme beendet  
14 wird.

15 Begründung:

16 Die bisherige Praxis führt zu Willkür. Die Gewährung der Kostenübernahme hängt vom  
17 entscheidenden Gericht ab. Die Betroffenen bleiben teilweise trotz Erfolgs auf ihren Kosten sitzen.

18 Bisherige Formulierung des §307 FamFG:

19 In Betreuungssachen kann das Gericht die Auslagen des Betroffenen, soweit sie zur  
20 zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig waren, ganz oder teilweise der Staatskasse  
21 auferlegen, wenn eine Betreuungsmaßnahme nach den §§1896 bis 1908i des Bürgerlichen  
22 Gesetzbuchs abgelehnt, als ungerechtfertigt aufgehoben, eingeschränkt oder das Verfahren  
23 ohne Entscheidung über eine solche Maßnahme beendet wird.

24

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

## **A 7 Herausforderung Altenpflege**

25 Auf Grund der demografischen Entwicklung wird das Thema Pflege stets wichtiger. Die meisten  
26 Menschen werden immer älter und pflegebedürftiger. Der Arbeitsmarkt steht vor einer riesigen  
27 Herausforderung wegen dem bereits eingetroffenen Pflegenotstand.

28 Der Pflegeberuf muss daher attraktiver gestaltet werden. Es ist harte Arbeit, die die  
29 PflegerInnen täglich verrichten müssen. Sie kommen mit starkem Geruch und Fäkalien in  
30 Kontakt, die teilweise krankheitserregende Viren und Bakterien beinhalten. Für den Körper,  
31 insbesondere die Wirbelsäule, sind die Tätigkeiten sehr belastend. Auch psychisch muss einE  
32 PflegerIn standhaft sein. Denn schwere Krankheiten, Schicksale und Todesfälle gehören zum  
33 Alltag. Dieser Beruf gehört gerecht entlohnt und auch öffentlich stärker gewürdigt.

34 Auch die Ausbildung muss verbessert werden. An einigen Ausbildungseinrichtungen, müssen  
35 die Auszubildenden Schulgeld zahlen. Wir fordern, dass Schulgelder in der

1 Altenpflegeausbildung ausnahmslos verboten werden.

2 Die Pflege stellt die Einrichtungen und deren TrägerInnen ebenfalls vor Herausforderungen.  
3 Betriebswirtschaftliche Vorgaben müssen mit menschlichen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen  
4 in Vereinbarung gebracht werden. Das ist selten möglich. Kuriose Auswüchse, wie die  
5 „Abrechnung nach Minuten“ sind die Auswirkungen. Hier wird festgeschrieben, welche  
6 Pflgetätigkeit wie lange dauern darf. Hierbei wird vergessen, dass zur Pflege mehr gehört als  
7 nur die körperlichen Handlungen. Pflegebedürftige sind auch Menschen. Es gilt, auch deren  
8 Psyche zu pflegen, das heißt, mit ihnen menschlich umzugehen. Sie wollen Unterhaltung und  
9 Teilhabe am Heimleben.

10

11 Deshalb sind bei der Dokumentationspflicht Korrekturen notwendig. Die Vorschriften hierfür  
12 sind in den letzten Jahren deutlich verschärft worden. Auf der einen Seite müssen  
13 Einzelleistungen sondiert notiert und extra ausgewiesen werden, auf der anderen Seite sind für  
14 Tagespläne und -protokolle keine Vorgaben gegeben, was teilweise zu ausschweifenden  
15 Dokumentationsberichten führt, um keine Fehler zu begehen. Die Dokumentationspflicht der  
16 Pflegekräfte soll auf ein nötiges und sinnvolles Maß reduziert werden.

17

18 Desweiteren muss der Pflegeschlüssel einer Station im Alten-/ Pflegeheim stark angehoben  
19 werden, damit es den MitarbeiterInnen möglich ist, den BewohnerInnen die individuelle Pflege  
20 geben zu können, die sie benötigten. Aktuell gleicht die Grund- und Behandlungspflege in  
21 Einrichtungen für Senioren und pflegebedürftigen Menschen eher Akkordarbeit. Das  
22 hygienische Arbeiten nach dem aktuellen Standard wird durch den vorherrschenden Zeitdruck  
23 in großem Maße erschwert. Multiresistente Keime sind nicht nur im Krankenhaus zu Hause.  
24 Eine unzureichende Hygiene führt zur Verbreitung dieser Keime, was den BewohnerInnen  
25 wieder zum Schaden kommt.

26

27 Die aktuelle Situation auf dem Markt ist, dass von den mehr als 9000 bestehenden  
28 Pflegeheimen ca. 36 % private Träger sind. Etwa 56 % sind freigemeinnützige Anbieter und  
29 demnach sind weniger als 8 % der Pflegeheime öffentlich organisiert.

30 Wir sind der Auffassung, dass die meisten privaten TrägerInnen diese Aufgabe nicht erfüllen  
31 können. Sie sind den Regeln des kapitalistischen Marktes zu sehr unterworfen. Daher fordern  
32 wir eine (Re-)Kommunalisierung der Pflegeeinrichtungen soweit wie möglich. Diese werden  
33 dann nur noch kostendeckend arbeiten müssen und nicht mehr profitorientiert. Pflege gehört  
34 zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Nur eine durch den Staat gestützte Pflegelandschaft kann  
35 von den Gesetzen des Kapitalismus befreit werden und eine menschliche Pflege ermöglichen.

36 Auch im Alter hat man ein Recht auf Privatsphäre. Daher fordern wir, dass jede\_r ein Recht auf  
37 ein vom Sozialwesen getragenes Einzelzimmer im Pflegeheim haben muss und diese Leistung  
38 nicht abhängig vom Geldbeutel sein darf.

39

40 Fast jeder Mensch wird alt. Man sollte sich immer bewusst sein, dass man selbst einmal auf  
41 eine Pflegeeinrichtung angewiesen sein kann. Daher sollte man diese so gestalten, dass man

- 1 sich selbst in dieser wohl fühlen kann.
- 2 Wir Jusos fordern eine gerechte Entlohnung der in der Altenpflege tätigen PflegerInnen, das
- 3 Verbot von Schulgeldern in der Altenpflegeausbildung, die Anhebung der Pflegeschlüssel in
- 4 Senioren- und Pflegeeinrichtungen sowie die Kommunalisierung der Pflegeeinrichtungen und
- 5 das Recht auf ein vom Sozialwesen getragenes Einzelzimmer in Pflegeheimen.

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, Parteikonvent

## **A 8 Multiresistenzen wirksam bekämpfen**

6 Mit der Erfindung von Penicillin und nachfolgender Antibiotika und Impfstoffe im letzten  
7 Jahrhundert konnten viele Infektionskrankheiten bekämpft oder vorgebeugt werden. Die  
8 Lebenserwartung erreichte in Folge des epidemiologische Übergangs, der die  
9 lebensgefährlichen Erkrankungen in höhere Altersgruppen schob, eine nie da gewesene Höhe.  
10 Eine Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (ZI) zeigt, dass 2010  
11 insbesondere Kinder (39 %) und Ältere (56% bei über 90 Jährigen) Antibiotika verschrieben  
12 bekommen. Davon in 53 % der Fälle durch Allgemeinmediziner. Ebenfalls bestehen zwischen  
13 den Regionen in Deutschland hohe Ungleichgewichte, was das verschreiben von Antibiotika  
14 angeht. So wurden im Saarland 30,6 % aller Menschen über 15 Jahren Antibiotika verordnet,  
15 in Brandenburg nur 20,6 %.

16  
17 Mit der Zeit entwickeln Bakterien jedoch Resistenzen gegen bestimmte Antibiotika. Dies erfolgt  
18 einerseits als evolutionäre Anpassung von Bakterien, die jedoch begünstigt ist, durch die  
19 Verwendung von unzutreffend verschriebenen Antibiotika am Menschen, unverhältnismäßigen  
20 hohen Einsatz in der konventionellen Tierhaltung und mangelnder Krankenhaushygiene.

21  
22 Die Entwicklung neuer Antibiotika stockt hingegen. So sanken die durch die FDA zugelassenen  
23 Mittel von 16 im Zeitraum 1983-87 auf 5 im Zeitraum 2003-07 in den USA. Nur fünf  
24 Pharmaunternehmen (GlaxoSmithKline, Novartis, AstraZeneca, Merck, and Pfizer) weltweit  
25 unterhalten noch antibiotische Forschung. Die Forschung an gram-negativen Bakterien findet  
26 ausschließlich in Japan statt. Dies führt dazu, dass auf Wirkstoffe mit hohen Nebenwirkungen  
27 wie etwa Colistin zurückgegriffen wird, um Menschen, die an multiresistenten  
28 Bakterieninfektionen leiden, zu helfen.<sup>1</sup> Ein Marktversagen liegt deswegen vor, da kaum  
29 Gewinn aus der Herstellung von Antibiotika oder Impfstoffen geschlagen werden kann,  
30 schließlich heilen sie Krankheiten oder verhindern überhaupt eine Erkrankung. Eine Ausgabe  
31 von Projektgeldern für bestimmte Probleme ist zu unflexibel, um auf Resistenzen oder  
32 Lieferengpässe einzugehen. Dänemark betreibt seit 1996 ein Monitoring über  
33 Antibiotikaresistenten, was ihren Einsatz bisher um 60 % gesenkt hat. Gleichzeitig sind  
34 Antibiotika der Fluorchinolone und Cephalosporine Reihe seit 2003 bzw. 2010 Menschen  
35 vorbehalten.<sup>2</sup> Eine Datenerhebung über den Einsatz wird in Deutschland ab dem 1.4. durch  
36 das Arzneimittelgesetz vorgeschrieben. Auch dürfen Tierärzt\*innen derzeit gleichzeitig die  
37 Medikamente die sie verordnen auch verkaufen. Dieses Dispersionsrecht steht im Konflikt mit

1 einem sparsamen Umgang mit Antibiotika.

2

3 Insbesondere Menschen die mit Masttieren, deren Abgasen oder deren Gülle in Kontakt treten  
4 also Tierhalter\*innen und Tierärzt\*innen tragen aufgrund des präventiven Einsatzes von  
5 Antibiotika in der Tierhaltung ein hohes Risiko, von multiresistenten Keimen befallen zu  
6 werden. Ein Ausbleiben neuer Antibiotika wird gerade in dieser Gruppe zu vielen Todesfällen  
7 führen. Wird eine Person dieser Gruppe in ein Krankenhaus eingeliefert, so besteht die  
8 Gefahr, dass die Keime auf anderen Patient\*innen/Mitarbeiter\*innen übertreten und so den  
9 Aufenthalt dort für diese gefährlicher machen, sofern nicht wie in den Niederlanden, ein  
10 Aufnahmescreening erfolgt. Die deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene schätzt die Zahl  
11 der Todesfälle durch Krankenhausinfektionen auf 30.000 pro Jahr.

12

13 Zudem haben Studien gezeigt, in welchem gigantischem Umfang Antibiotika in der  
14 Massentierhaltung eingesetzt werden. Geflügeltiere beispielsweise werden geradezu mit  
15 Antibiotikum vollgepumpt, um die unnatürliche Aufzucht auf engstem Raum zu überleben, sie  
16 werden durchschnittlich jeden vierten Tag ihres kurzen Lebens mit Antibiotika gefüttert.

17 Die deshalb in einem großen Teil der Tiere nachgewiesenen multiresistenten Bakterien werden  
18 dann durch den Verzehr von Fleisch auf den Menschen übertragen und können zu komplexen  
19 Resistenzen führen.

20 Forderungen:

- 21 • Präventive Testung auf multiresistente Keime im Untersuchungsbereich eines  
22 Krankenhauses(Aufnahmescreening). Separate Unterbringung von Patient\*innen mit  
23 positivem Befund innerhalb des Krankenhauses
- 24 • Fortbildung von Allgemeinmediziner\*innen für zielgerichtete Verschreibung von  
25 Antibiotika
- 26 • Abschaffung Dispensierrecht bei Tierärzt\*innen
- 27 • Einsatzverbot von Antibiotika der Fluorchinolone- und Cephalosporine-Reihe bei Tieren.
- 28 • Auflage eines bundesweiten Hygieneprogramm für Krankenhäuser, sowie Etablierung  
29 von Hygienekontrollen, Kleiderordnungen und Hinweisen zur Reduzierung  
30 krankenhausspezifischer Ansteckungen
- 31 • Einrichtung von verpflichtenden Desinfektionsstellen im Eingangsbereich für  
32 Besucher\*innen
- 33 • Gründung eines bundeseigenen pharmakologischen Instituts zur Entwicklung und  
34 Herstellung von Antibiotika und Impfstoffen. Die Herstellung soll kostendeckend  
35 erfolgen, die Forschung aus dem Bundeshaushalt zum Nutzen der Menschheit  
36 finanziert werden. Sie soll auf bestehende Resistenzen reagieren und sich entwickelnde  
37 Resistenzen antizipieren.
- 38 • Eindämmung der Massentierhaltung sowie Verbot des übermäßigen Einsatzes von  
39 Antibiotikum in der Tierhaltung

# Wirtschaft und Finanzen

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion

## W 1 Kirchenfinanzierung

- 1 Wir fordern eine Beendigung der Finanzierung der Kirchen aus öffentlichen Mitteln
- 2 (Staatsleistungen). Darüber hinaus darf das Eintreiben der „Kirchensteuer“ nicht mehr über
- 3 Staatsorgane laufen. Die Abgabe für bestimmte Glaubensrichtungen sollen von der
- 4 Glaubensrichtung vor Ort eingezogen werden.
  
- 5 Begründung:
  
- 6 Der zugrunde liegende Vertrag/Das zugrunde liegende Gesetz
- 7 (Reichsdeputationshauptschluss) aus dem 19.Jh sieht eine staatliche Kirchenfinanzierung als
- 8 Gegenleistung für den Wegfall der kirchlichen Besitztümer in der Napoleonischen Zeit. Mit der
- 9 Einführung der Kirchensteuer und den mittlerweile wieder vorhandenen Besitztümer der Kirchen
- 10 entbehrt dieser Vertrag seiner Grundlage und ist dementsprechend zu beenden.

## Gleichstellung

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, Landesparteitag Bayern SPD, Bundesparteitag SPD

## G 1 Gesetzliche Regelung zur leichten Sprache

- 11 Begründung:
  
- 12 Artikel 3, GG: „ Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse,
- 13 seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder
- 14 politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner
- 15 Behinderung benachteiligt werden. “
  
- 16 Im Alltag wird die Einhaltung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland meistens
- 17 eingehalten. Doch beim Erstellen von z.B. behördlichen Anträgen und Formularen, werden
- 18 Leute benachteiligt, die nicht so gut Deutsch sprechen können. Hier wird in komplizierten
- 19 Sätzen und Fragestellungen dargelegt, was beschlossen wurde. Menschen mit Behinderung,
- 20 Migrationshintergrund oder auch ältere Menschen, die nur schwer die deutsche Sprache
- 21 verstehen, haben oft Probleme diese Texte zu lesen. Aber nicht nur in behördlichen Anträgen
- 22 und Formularen ist dies der Fall, sondern auch bei Verträgen, vor Gericht oder in anderen
- 23 wichtigen Schriftstücken. Es gibt zwar einige aufgestellte Regeln für leichte Sprache, allerdings
- 24 finden diese bisher kaum Beachtung und werden nur sehr sporadisch angewandt.
  
- 25 Forderung:
  
- 26 Alle behördlichen Schriftstücke sind auch in "einfacher" Sprache zu verfassen und auf Wunsch
- 27 in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen." Insbesondere ist bei jeder Überarbeitung
- 28 amtlicher Schriftsachen (z.B. Formulare) auf die Einhaltung der Kriterien leichter Sprache zu
- 29 achten.

# Bildung

AdressatInnen: AK Wissenschaft und Kunst der SPD-Landtagsfraktion

## B 1 Mehr Demokratie und Mitbestimmung im Bildungswesen

1 In keinem anderen Bundesland gibt es so wenig Partizipation, Mitbestimmung und  
2 Selbstverwaltung im Bildungssystem, wie in Bayern. Alle Ebenen des Bildungssystems sind  
3 strengstens reguliert und lassen keine echte und wirksame Vertretung der jeweiligen  
4 Akteur\*innen zu. Diese Tatsache ist ein Indikator, dass es in Bayern viel Aufholbedarf im  
5 Demokratieprozess gibt. Im Folgenden legen wir unserer Forderungen für ein gerechtes,  
6 selbstbestimmtes und demokratisches Bildungswesen dar.

### 7 Hochschulen

8 Die nachfolgenden Forderungen gelten für Universitäten, wie auch Fachhochschulen und  
9 Hochschulen. Die Fachhochschulen und Hochschulen müssen in Vertretungs- und  
10 Partizipationsrechten den Universitäten gleichgestellt sein. Unsere längerfristige Forderung ist  
11 es ohnehin, Gesamthochschulen zu errichten, in welcher die Studierenden selbst bestimmen  
12 können, wie praktisch oder theoretisch ihr Studium aussehen soll.

### 13 **Verfasste Studierendenschaft**

14 Von einer echten Vertretung der Studierenden kann nur gesprochen werden, wenn sich die  
15 Studierendenschaften selbst verfassen können und somit über sich selbst bestimmen können.

### 16 **Satzungshoheit**

17 Die Studierendenschaften müssen über eine Satzungshoheit verfügen. Bei ihrer Konstituierung  
18 soll sich die Vollversammlung durch demokratische Abstimmung ihre eigene Satzung geben.  
19 Studierende sind erwachsene Menschen und dürfen in ihrer Interessenvertretung nicht  
20 bevormundet werden.

### 21 **Finanzhoheit**

22 Zu einer unabhängigen Vertretung gehört auch die Finanzhoheit. Die Studierendenvertretung  
23 muss unabhängig von anderen Geldern sein, um eine freie Interessensvertretung ausüben zu  
24 können. Dazu gehört auch das Recht, jedes Semester einen sozialverträglichen Betrag von  
25 jedem Mitglied einzuziehen.

### 26 **Körperschaft des öffentlichen Rechts**

27 Die Studierendenschaften müssen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sein. Denn nur so  
28 können sich die Studierendenvertreter\*innen unabhängig für die Rechte ihrer Mitglieder  
29 einsetzen und diese schützen. Insbesondere bei Rechtskonflikten zwischen Studierenden und  
30 anderen Teilen der Hochschule können somit die Rechte der Studierenden geschützt und  
31 verteidigt werden.

### 32 **Allgemeinpolitisches Mandat**

33 Hochschulen sind nicht von der Gesamtgesellschaft losgelöste Inseln, sondern erfüllen eine  
34 wichtige Funktion als Impulsgeber in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Die

1 Forderung, dass sich die Studierendenschaften nur zu den Themen äußern dürfen, die sie  
2 betreffen, ist ein Widerspruch. Jegliche Vorgänge und Themen in der Gesellschaft gehen alle  
3 etwas an. Die Studierendenvertretung muss somit die Möglichkeit besitzen die Meinungen der  
4 Studierenden in die Öffentlichkeit zu allen Themen zu tragen.

### 5 **Pflichtmitgliedschaft**

6 Eine Studierendenschaft mit einer Austrittsoption ist in sich widersprüchlich, da alle Studierende  
7 einer Hochschule eine Gruppe sind und die verfasste Studierendenschaft diese vertritt. Die  
8 Studierendenvertretungen setzen sich für alle Studierende ein. Deshalb können auch einzelne  
9 Studierende nicht aus dieser Vertretung "austrreten". Eine Austrittsoption führt das ganze System  
10 ad absurdum, denn die Studierenden profitieren weiterhin von der Vertretung, aus der sie  
11 ausgetreten sind.

### 12 **Partizipationsrechte**

13 Alle Entscheidungsgremien an den Hochschulen müssen viertelparitätisch besetzt sein. Dazu  
14 gehören die Professor\*innen, akademische Mitarbeiter\*innen, nichtakademische  
15 Mitarbeiter\*innen und Studierende. Nur so können demokratische und gleichberechtigte  
16 Entscheidungen an Hochschulen getroffen werden.

17 Die Landesvertretung der Studierendenschaften muss ein Recht auf ein beratendes Mitglied im  
18 Bildungsausschuss des bayerischen Landtages besitzen, um auch die Interessen der bayerischen  
19 Studierenden gegenüber der Landesregierung vertreten zu können. Dies muss mit einem  
20 Anhörungsrecht im Kultusministerium einhergehen.

### 21 Schulen

#### 22 Landesschülerrat

23 Wir fordern eine gesetzliche Reform der bildungspolitischen Partizipation der Schüler\*innen.  
24 Mit der Einführung eines Landesschülerrats (LSR) wurde zwar schon ein konstituierender Schritt  
25 gemacht - dieser geht aber nicht weit genug! Es benötigt endlich einer Vertretung, welche  
26 demokratischen und regelmäßig gewählten Gremien untersteht. Das Kultusministerium ist  
27 hierfür die falsche Institution. Die Verbindung zwischen dem LSR und der Legislative muss  
28 konkreter und direkter sein, deshalb wollen wir eine beratende Vertretung des LSR im  
29 Bildungsausschuss. Der LSR untersteht auch nicht weiter einem Ministerium, sondern dem  
30 bayerischen Landtag, Schnittstelle hierfür soll der Bildungsausschuss sein. Der Etat des  
31 Landesschülerrates wird durch den Haushalt festgelegt, die momentane Bestimmung durch das  
32 Kultusministerium ist nicht transparent oder in irgendeiner Weise demokratisch, zudem ist eine  
33 Erhöhung des momentanen LSR-Budget mehr als notwendig.

34 Als weiteren Punkt fordern wir endlich eine grundsätzliche Umsetzung geschlechtergerechter  
35 Sprache in der Schüler\*innenvertretung! Was mittlerweile bei allen Stellenausschreibungen  
36 und in der Öffentlichkeit angekommen ist, muss erst Recht bei der Interessensvertretung für  
37 Schüler\*innen gelten, auch um hier Aufmerksamkeit, was das Thema betrifft schon früh zu  
38 schaffen.

39 Schüler\*innenvertretung muss an der Basis anfangen!

1 Landesschülerkonferenzen (LSK) sind eine bildungspolitische Plattform. Sie dienen dazu, für die  
2 gewählten Landesschülersprecher\*innen Positionen zu entwickeln, damit diese dann weiter in  
3 die Politik getragen werden können. Die LSK wird durch die bayerischen  
4 Bezirksschülersprecher\*innen gebildet, welche wiederum von den Schulsprecher\*innen ihrer  
5 Bezirke gewählt werden. Der Weg dorthin ist aufwendig und eine hohe Fluktuation ist hierbei  
6 zu beobachten. Die Konsequenz hieraus ist, dass Personenkonstellationen oft durchwechseln.  
7 Dies hat auch Auswirkungen auf die inhaltliche Kontinuität der Schüler\*innenvertretung und  
8 macht eine glaubwürdige Vertretung oft schwer möglich. Ein besonderer Grund hierfür ist  
9 auch, dass Schulsprecher\*innen selten auf Grundlage bildungspolitischer Ansprüche gewählt  
10 werden, diese sind jedoch später dazu befähigt diejenigen Menschen zu wählen, welche die  
11 Meinung der Schüler\*innen bildungspolitisch vertreten sollen. Daher fordern wir auch, dass in  
12 die SMVen an den Schulen eine bildungspolitische Debattenkultur einzieht.  
13 Schulsprecher\*innen sind wichtig für die Organisation von Veranstaltungen und der Vertretung  
14 der Schüler\*innenschaft in der Schulfamilie, aber eben auch integraler Bestandteil der  
15 Schüler\*innenvertretung in der Bildungspolitik. Anträge für Bezirksaussprachetagen (BATen)  
16 müssen davor in SMV-Sitzungen diskutiert und erarbeitet werden, auch BATs brauchen eine  
17 bildungspolitische Debattenkultur, nicht nur am Rande, sondern Inhalte müssen hier zu einem  
18 Schwerpunktbereich werden. Besonders wichtig ist es uns, damit die später gewählten  
19 Landesschüler\*innensprecher\*innen argumentative Chancengleichheit herrscht. Der LSR kann  
20 keine Inklusion, welche das Bildungssystem nicht leistet, ausgleichen. Uns ist es dennoch  
21 wichtig, dass innerhalb eines selektiven Schulsystems die Schüler\*innenschaft solidarisch  
22 zueinander durch ein Sprachrohr vertreten sind. Darum unterstützen wir auch das Konzept für  
23 alle Schularten gleichberechtigt Landesschüler\*innensprecher\*innen zu wählen, die  
24 gemeinsam Schüler\*innen-Interessen vertreten. Das Problem an der Umsetzung ist, dass das  
25 selektive Schulsystem den verschiedenen Schularten und deren Vertreter\*innen verschiedene  
26 Dispositionen mitgibt. Auch deshalb braucht es frühen Kontakt mit bildungspolitischen Debatten  
27 in den SMVen, wie auch auf den BATen, damit eine Schüler\*innenvertretung bei der  
28 Beschlussfindung gleichberechtigt ist.

## 29 Berufliche Schulen

30 Eine besondere Situation ist hierbei an den Berufsschulen zu berücksichtigen: Hier werden  
31 Schüler\_innen nicht durchgängig an fünf Tagen die Woche unterrichtet, sondern es gibt Tages-  
32 und Blockklassen. Dies führt dazu, dass Treffen und Gremien, wie z.B. die BATen an Tagen  
33 stattfinden, an denen die Schülersprecher\_innen nicht in der Berufsschule, sondern im Betrieb  
34 sind. Bisher gibt es jedoch für solch einen Fall kein explizites Anrecht auf Freistellung, sondern  
35 ist diese Auslegungssache des Ausbildungsbetriebes. Nach §9(1) ArbSchG ist der  
36 Auszubildende nämlich lediglich für die Teilnahme am Berufsschulunterricht freizustellen.  
37 Zudem gibt es im Idealfall noch eine Jugend- und Auszubildendenvertretung im  
38 Ausbildungsbetrieb, so dass eine doppelte Interessenvertretung notwendig ist.

39 Wir fordern daher, rechtliche Möglichkeiten zu schaffen, die es Schülersprecher\_innen an  
40 Berufsschulen erlaubt ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen zu können. Eine  
41 Kooperation zwischen JAVen und SMVen ist wünschenswert.

1 Lehrer\*innen

## 2 **Streikrecht für Lehrer\_innen**

3 Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, ein Recht auf Streik  
4 haben. Dass der Staat Arbeitgeber ist, garantiert gerechte Arbeitsbedingungen nicht.  
5 Insbesondere in betriebswirtschaftlichen Kategorien denkende Landesregierungen, wie es  
6 derzeit in Bayern der Fall ist, beweißt, dass Arbeitnehmer\*innen im öffentlichen Dienst vor  
7 Ausbeutung nicht geschützt sind. Derzeit sind insbesondere Referendar\*innen betroffen, die  
8 aufgrund der Kürzungspolitik von Planstellen der Landesregierung immer mehr Stunden  
9 übernehmen müssen und fertig ausgebildete Lehrkräfte ersetzen. Das Streikrecht ist das stärkste  
10 Mittel zur Durchsetzung von fairen und gerechten Arbeitsbedingungen. Der Staat darf hier  
11 keine Ausnahmestellung besitzen.

## 12 **Gesetzliche Landeslehrer\*innenvertretung mit Satzungshoheit**

13 Wir fordern eine gesetzliche Landeslehrer\*innenvertretung, die sich mit einer Satzungshoheit  
14 selbst konstituiert. Hierzu muss bei einer Vollversammlung eine Satzung verabschiedet werden.  
15 Lehrer\*innen aller Schularten müssen das gleiche demokratische Gewicht haben, unabhängig  
16 von derzeitig bestehenden konfessionellen oder schulartgebundenen Lehrer\*innenvertretungen.  
17 Die Landeslehrer\*innenvertretung muss staatlich finanziert werden und genügend Mittel  
18 gewährt bekommen, um Versammlungen und Fortbildungen halten zu können. Nur so kann  
19 gewährleistet werden, dass privat organisierte Lehrer\*innenverbände, wie konfessionelle oder  
20 schulartgebundene keine finanzielle Vorteile in der Vertretungsarbeit besitzen.

## 21 **Landesschulbeirat**

22 Das Recht, Vertret\*innen in den Landesschulbeirat zu entsenden, muss allein der gesetzlich  
23 legitimierten Landeslehrer\*innenvertretung vorbehalten sein. Diese Vertreter\*innen müssen  
24 demokratisch von der Landeslehrer\*innenversammlung gewählt werden.

## 25 **Beratendes Mandat im Bildungsausschuss**

26 Die gesetzliche Landeslehrer\*innenvertretung muss den Anspruch auf ein beratendes Mitglied  
27 mit Vorschlags- und Anhörungsrecht im Bildungsausschuss besitzen. Ebenso fordern wir ein  
28 Anhörungsrecht im Kultusministerium.

## 29 **Beratungsstellen**

30 Die gesetzliche Landeslehrer\*innenvertretung muss juristische und psychologische  
31 Beratungsstellen in den Bezirken errichten und hierfür zusätzliche Mittel vom Staat bekommen.  
32 Viele Lehrer\*innen können arbeitsbedingt an psychischen Krankheiten leiden und erkranken.  
33 Um hier Präventionsarbeit zu leisten sollen diese Beratungsstellen auch aktiv Informationen in  
34 Form von Broschüren und Veranstaltungen anbieten. Ebenso muss über die rechtlichen  
35 Begebenheiten durch die juristischen Beratungsstellen für Aufklärung gesorgt werden.

## 36 **Elternverbände**

## 37 **Gesetzliche Landeselternvertretung mit Satzungshoheit**

38 Wir fordern eine gesetzliche Landeselternvertretung aller Schularten. Die Rechte aller

1 Schüler\*innen und deren Eltern müssen unabhängig von Schulart, Konfession oder anderen  
2 Kriterien gleichberechtigt vertreten werden können. Die Elternvertretungen aller Schulen müssen  
3 sich bei einer Vollversammlung ihre eigene Satzung geben und somit ihre  
4 Organisationsstruktur festlegen. Die gesetzliche Landeselternvertretung muss allein durch den  
5 Staat finanziert sein und muss die notwendigen Mittel bekommen um ihre laufenden Geschäfte  
6 zu tätigen, Schulungen anzubieten, wie auch Fahrtkosten zu erstatten.

## 7 **Landesschulbeirat**

8 Das Recht, Vertreter\*innen in den Landesschulbeirat zu entsenden, muss allein der gesetzlich  
9 legitimierten Landeselternvertretung vorbehalten sein. Diese Vertreter\*innen müssen  
10 demokratisch von der Landeselternversammlung gewählt werden.

## 11 Politische Bildung

12 Je mündiger und aufgeklärter die Bürger\*innen in einer Gesellschaft sind, desto mehr  
13 Demokratie kann gelebt werden. Politische Bildung ist das Mittel, um aufgeklärte und mündige  
14 Bürger\*innen zu erziehen und verdient dadurch eine besondere Stellung im Bildungswesen.  
15 Für politische Bildung gibt es kein ideales Alter. Sie beginnt im Kleinkindalter und ist ein  
16 lebenslanger Prozess. Dem Bildungswesen kommt hier eine besondere Stellung zu, da sie ganz  
17 besonders die Entwicklung junger Menschen prägt. Deshalb muss dem Fach Sozialkunde von  
18 der Grundschule an ein großer Stellenwert eingeräumt werden. Wir fordern daher  
19 Sozialkunde als Pflichtfach für alle Klassenstufen und Schularten. Neben der Aufgabe  
20 politische Systeme und Funktionsweisen zu vermitteln muss der Sozialkundeunterricht auch über  
21 die Partizipationsmöglichkeiten und Rechte im Bildungssystem und der Gesellschaft informieren  
22 und ein Forum für Diskussionen bieten. Politische Bildung muss aber auch außerhalb des  
23 Sozialkundeunterrichts in den Schulen betrieben werden, indem die zu Erziehenden  
24 Entscheidungen und Vorgänge durch transparente Darstellung nachvollziehen können. Sie  
25 müssen das Recht besitzen, mitzudiskutieren und Vorschläge durch ihre jeweiligen  
26 Vertretungen einzubringen.

AdressatInnen: AK Wissenschaft und Kunst der SPD-Landtagsfraktion

## **B 2 Zwangsexmatrikulation abschaffen!!**

27 Die Zwangsexmatrikulation ist der höchste und damit unsinnigste Grad der Restriktion des  
28 Studiums. Ziel des Studiums ist es in unseren Augen nicht, es schnellst möglichst zu beenden.  
29 Deswegen lehnen wir eine Zwangsexmatrikulation ab. Egal, ob wegen verpasster Prüfungen,  
30 Auslaufen eines Studienganges oder sonstigen, abweichenden Studierverhaltens.

31 Das Studium dient der Entfaltung der Persönlichkeit, nicht dem Sammeln von Kreditpoints und  
32 Studiennachweisen. Jeder und jede sollte die Zeit bekommen, die er oder sie benötigt, um zu  
33 studieren. Eine Zwangsexmatrikulation aufgrund der Überschreitung der Höchstdauer des  
34 Studiums ist deswegen inakzeptabel und benachteiligt insbesondere finanziell schlechter

- 1 gestellte Studierende, die neben ihrem Studium arbeiten müssen, oder auch Studierende mit  
2 Kind. Studierende als finanzielle Belastung zu betrachten und nur die entstehenden Kosten für  
3 den Studienplatz zu sehen, ist nicht nur falsch, sondern auch diskriminierend. Es gibt im Leben  
4 von Studierende genügend Gründe, weshalb Studiengänge nicht in der Regelstudienzeit  
5 abgeschlossen werden können. Zudem wird die Regelstudienzeit in vielen Studienfächern von  
6 einem sehr hohen Prozentsatz der Studierenden nicht eingehalten, sodass schon längst nicht  
7 mehr von der Regel die Rede sein kann.
- 8 Auch als Mittel zur Maßregelung und zum Ausschluss „unbequemer“ Studierender ist eine  
9 Zwangsexmatrikulation rückständig und keine Lösung.
- 10 Wir fordern deswegen, die Zwangsexmatrikulation aus den Hochschulgesetzen zu streichen!  
11 Bildung hat das Ziel, mündige Menschen hervorzubringen und unsere Gesellschaft  
12 voranzubringen. Daran sollten sich alle beteiligen.

## Innen und Recht

Adressat: SPD-Landesparteitag; Juso-Bundeskongress; BayernSPD-Landesgruppe im Bundestag  
(zur Kenntnis), SPD-Landtagsfraktion (zur Kenntnis);

### I 1 Polizeikennzeichnung – ein Schritt zu mehr Transparenz und Bürgernähe

- 13
- 14 Die Jusos Bayern fordern die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht für alle  
15 Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Landespolizei, der Bundespolizei, sowie in Bayern  
16 eingesetzter Beamtinnen und Beamten anderer Landespolizeien, die ihren Dienst in Uniform  
17 ausüben. Dies umfasst sowohl Polizistinnen und Polizisten im Einzel-/Streifendienst wie auch in  
18 geschlossenen Einheiten.
- 19
- 20 Für geschlossene Einheiten (z.B. Hundertschaften der Bereitschaftspolizei,  
21 Unterstützungskommandos, Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten) soll eine  
22 Kennzeichnung der eingesetzten Beamtinnen und Beamten durch eine eindeutige,  
23 anonymisierte, aber individuell zuordenbare Kombination von Ziffern und Buchstaben  
24 erfolgen. Diese Kennzeichnung muss einprägsam und klar sichtbar gestaltet sein. Die  
25 Identifikationsnummer sollte sowohl vorne (Brust/Schulter) wie auch hinten auf der Uniform  
26 sowie auch auf weiteren Ausrüstungsgegenständen wie Helmen und Schutzwesten angebracht  
27 sein. Bei einem System von Identifikationsnummern, die von Einsatz zu Einsatz rollieren, muss  
28 sichergestellt sein, dass jede Nummer jederzeit individuell zugeordnet werden kann.
- 29 Polizistinnen und Polizisten im Einzeldienst soll freigestellt sein, ob sie statt einer  
30 Identifikationsnummer ein Namensschild auf Ihrer Uniform tragen wollen. Für  
31 Polizeibeamtinnen und –beamte, die ihren Dienst in Zivil ausüben, muss klar geregelt sein,

1 unter welchen Bedingungen sie zu einer Auskunft über ihren Namen/ eine  
2 Identifikationsnummer verpflichtet sind.  
3 Ausnahmeregelungen, z.B. für verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler,  
4 Sondereinsatzkommandos und andere Polizistinnen und Polizisten, die besonderen  
5 Gefährdungslagen ausgesetzt sind, müssen eng gefasst sein.  
6 Grundsätzlich fordern die Jusos Bayern die Schaffung bundesweit einheitlicher  
7 Kennzeichnungsstandards für die Landespolizeien sowie die Bundespolizei.

8

9 Begründung:

10 Polizeibeamtinnen und –beamte verkörpern wie keine andere Berufsgruppe das staatliche  
11 Gewaltmonopol. Polizeiliches Handeln schließt in letzter Konsequenz immer auch die  
12 Möglichkeit der Anwendung unmittelbaren Zwangs mit ein. Für die Legitimation des  
13 demokratischen Rechtsstaates ist es entscheidend, dass staatliches Handeln, insbesondere die  
14 Ausübung des Gewaltmonopols, für die Bürgerinnen und Bürger transparent und kontrollierbar  
15 ist. Wie jede andere Beamtin, jeder andere Beamte sind auch Polizistinnen und Polizisten für  
16 die Rechtmäßigkeit ihres Handelns persönlich verantwortlich. Zur rechtsstaatlichen Überprüfung  
17 polizeilichen Handelns ist es daher zentral, dass Amtshandlungen nach außen hin individuell  
18 einer Person zugeordnet werden können und diese identifiziert werden kann.

19

20 Dies stellt gerade beim Einsatz von geschlossenen Einheiten, z.B. bei Demonstrationen und  
21 Fußballspielen, häufig ein Problem dar. Aufgrund des uniformen Auftretens einer großen  
22 Anzahl von Polizistinnen und Polizisten, der Verwendung von Helmen etc. ist es bei  
23 Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten durch Bürgerinnen und Bürger häufig der Fall,  
24 dass die handelnden Beamtinnen und Beamten nicht identifiziert werden können „und damit  
25 weder als Beschuldigte noch als Zeugen für strafbares Handeln anderer Personen für ein  
26 Verfahren zur Verfügung stehen“ (Stellungnahme der Staatsanwaltschaft München I anlässlich  
27 einer Anhörung des Bayerischen Landtages). Fast ein Drittel der ca. 2000 Ermittlungsverfahren  
28 wegen Körperverletzung im Amt, die jährlich bundesweit geführt werden, scheitern daran,  
29 dass eine Identifikation der mutmaßlichen Täter und Täterinnen nicht möglich war. Bislang ist  
30 beim Einsatz geschlossener Polizeiverbände oft nur eine Identifikation des Einsatzzuges  
31 möglich. Daher muss bei Anschuldigungen oft gegen ganze Einheiten ermittelt werden, was  
32 die Ermittlungen oft erschwert und auch dazu führt, dass sich auch vollkommen unschuldige  
33 Polizistinnen und Polizisten eines Verdachts ausgesetzt sehen, der für sie auch berufliche  
34 Konsequenzen mit sich bringen kann. Eine individuelle, klar sichtbare und einprägsame  
35 Kennzeichnung würde es also nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern erlauben, sich gegen  
36 polizeiliches Fehlverhalten zur Wehr zu setzen, sondern würde auch ein Schutz der  
37 Polizistinnen und Polizisten vor Falschanschuldigungen darstellen.

38

39 Im internationalen Vergleich lässt sich feststellen, dass die Kennzeichnung von Polizistinnen  
40 und Polizisten, insbesondere beim Einsatz in geschlossenen Einheiten, in vielen europäischen  
41 Ländern (z.B. Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen), aber auch in den USA eine  
42 rechtstaatliche Selbstverständlichkeit darstellt. Auch in Deutschland kann sich die  
43 Kennzeichnungspflicht immer weiter durchsetzen: In Berlin und Brandenburg wurde sie bereits

1 eingeführt, in Rheinland-Pfalz läuft gerade die Umsetzung und in den Bundesländern Baden-  
2 Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurde die Einführung  
3 in Koalitionsverträgen vereinbart. Die konkrete Umsetzung läuft allerdings sehr unterschiedlich  
4 und bedarf dringend einheitlicher Standards und Regelungen, z.B. auch für den Einsatz von  
5 Polizeieinheiten aus anderen Bundesländern ohne Kennzeichnungspflicht bei  
6 Großveranstaltungen. Die Bayerische Landespolizei und die Bundespolizei gehören zu den  
7 größten verbliebenen Polizeien ohne eine Kennzeichnungspflicht.

8  
9 Sowohl der internationale Vergleich wie auch die Erfahrungen aus Berlin und Brandenburg  
10 zeigen, dass sich die Befürchtung, Polizistinnen und Polizisten könnten durch eine  
11 Kennzeichnungspflicht einer höheren Gefährdung ausgesetzt sein könnten, empirisch nicht  
12 belegen lässt. Zudem stellt es bereits jetzt kein Problem für Beschuldigte in Strafverfahren dar,  
13 zum Beispiel durch Akteneinsicht die Namen der ermittelnden Beamtinnen und Beamten von  
14 Polizei und Justiz zu erfahren. Zum Schutz vor Nachstellungen im privaten Umfeld, denen sich  
15 nicht nur Polizistinnen und Polizisten, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter der Justiz  
16 gelegentlich ausgesetzt sehen, stehen geeignete rechtsstaatliche Mittel zur Verfügung.  
17 Die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist kein  
18 Ausdruck eines Generalverdachts gegen die Polizei. Sie stellt die Polizei lediglich mit anderen  
19 Bereichen des öffentlichen Dienstes, deren Angehörige ganz selbstverständlich mit Namen  
20 identifizierbar sind, gleich. Sie schützt die Beamtinnen und Beamten vor  
21 Falschanschuldigungen, und wäre ein Beitrag dazu, dass Vertrauen der Bürgerinnen und  
22 Bürger in den Rechtsstaat und die Institution Polizei zu erhöhen. Rechtmäßig handelnde  
23 Polizistinnen und Polizisten haben durch eine anonymisierte Kennzeichnung nichts zu  
24 befürchten. Es besteht kein Zweifel daran, dass die überwiegende Anzahl der Beamtinnen und  
25 Beamten ihre schwierige und oft belastende Arbeit absolut korrekt erfüllen. Die  
26 Kennzeichnungspflicht kann jedoch dazu beitragen, dass die Zahl der Fälle, in denen es zu  
27 unprofessionellem oder gar unrechtmäßigem Verhalten kommt, weiter verringert wird. Um  
28 polizeiliches Fehlverhalten weiter zu reduzieren sind aber auch grundsätzliche strukturelle  
29 Veränderungen bei der Polizei erforderlich, die von unabhängigen Ermittlungs- bzw.  
30 Beschwerdestellen, über eine verbesserte Ausbildung u.a. im Bereich Menschenrechte, bis hin  
31 zu verbesserten Arbeitsbedingungen reichen.

AdressatInnen: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

## **I 2 Das Freie Netz Süd unverzüglich verbieten!**

32 Wir fordern ein unverzügliches Verbot des Freien Netzes Süd. Ein Verbot möglicher Ersatz-  
33 bzw. Nachfolgeorganisationen geht damit einher.

34

35 Begründung:

36 Das Freie Netz Süd ist ein Netzwerk von freien Kameradschaften und Autonomen  
37 Nationalist\*innen und wurde 2008 gegründet und ist seitdem das aktivste Netzwerk der

1 rechten Szene in Nordbayern. Die Aktivitäten des Freien Netz Süd sind zahlreich. Neben  
2 einer sehr aktiven Internetseite wurden etliche Demonstrationen, Kundgebungen und das  
3 Verteilen von Materialien beobachtet. Im Sommer 2013 wurden seitens der  
4 Ermittlungsbehörden des Freistaates Bayern Hausdurchsuchungen bei den Mitgliedern und  
5 Aktiven des Freien Netz Süds durchgeführt, welche mit dem Ziel stattfand Material für ein  
6 Verbotsverfahren zu sichern. Seitdem ist nichts mehr geschehen oder großartig über den  
7 Fortgang des Verfahrens an die Öffentlichkeit gedrungen. Es scheint, dass das  
8 Verbotsverfahren im Sande verläuft!

9

10 An dieser Stelle sollte auch daran erinnert werden, dass die Bayerische Staatsregierung und  
11 ihr Inlandsgeheimdienst, das sogenannte bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, die  
12 Bedeutung des und die Gefahr durch das FNS lange Zeit geleugnet, verharmlos und  
13 heruntergespielt hat. Erst durch einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion wurde im Landtag der  
14 einstimmige Beschluss gefasst, ein Verbot des FNS anzustreben. Bis zu den eigentlichen  
15 Maßnahmen vergingen dann jedoch wieder mehrere Monate, in denen sich die AktivistInnen  
16 des FNS auf die repressiven Maßnahmen vorbereiten konnten.

17

18 Dabei kann man anhand öffentlich zugänglichen Materialien erkennen, dass es sich bei dem  
19 Freien Netz Süd um eine nationalsozialistische Organisation handelt, die nur fadenscheinige  
20 ihre Ideologie unter dem Deckmantel des „Nationalen Sozialismus“ verdeckt.

21 Das Freie Netz Süd sieht sich in der Szene als Nationale Sozialisten und hat eine  
22 sozialrevolutionäre Ausrichtung<sup>1</sup>. Ebenso gibt man an, dass der historische  
23 Nationalsozialismus unter Hitler problematisch war und man sich davon entlasten müsse  
24 beziehungsweise ein Romantisierung fehl am Platze sei<sup>2</sup>. Dazu passt durchaus der Bezug auf  
25 den Strasser-Flügel, der wie schon erwähnt, als linke Opposition verklärt wird. So stellt man  
26 sich oberflächlich so dar, als würde man die Fehler, die getan wurden eingestehen und sei  
27 geläutert. Doch was steckt hinter dem Nationalen Sozialismus, den das Freie Netz Süd  
28 propagiert wirklich?

29

30 Das erklärte Ziel des Freien Netz Süd ist den Kapitalismus zu zerschlagen und den Nationalen  
31 Sozialismus einzuführen. Dabei scheint Sozialismus und Nationalismus eine nicht zu trennende  
32 Synthese zu bilden. Außerdem beinhaltet die sogenannte ‚Kapitalismuskritik‘ von Rechts  
33 meistens, wie auch beim FNS, eine klassisch antisemitische Differenzierung des Kapitalismus in  
34 „schaffendes und raffendes Kapital“. Wobei Ersteres, im Sinne des ‚Nationalen Sozialismus‘,  
35 die positiv konnotierte kapitalistische Wirtschaftsweise in kleinen Betrieben sein soll, die  
36 angeblich das „Wohl des Volks“ im Blick hätten. Und Zweiteres die als solche bezeichnete

---

1

Vgl.: <http://sozrev.wordpress.com/2010/04/12/kleine-fortschritte/>

2

Vgl.: Ebenda.

1 „jüdische und entartete“ Form des Kapitalismus darstellen soll. Allein gegen diese richtet sich  
2 die verkürzte Kapitalismuskritik der Nazis. So beschreibt etwa der Blog „Sache des Volkes“,  
3 der zum Freien Netz Süd gehört:

4 *„Für die Arbeiterklasse ist das jeweilige Vaterland der Kampfboden für die Erfüllung*  
5 *ihrer historischen Mission. Mit ihrem Kampf um die Beseitigung der Herrschaft des*  
6 *Imperialismus und um die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft erweist sie sich*  
7 *zugleich als die beste Verfechterin der wahren Interessen der Nation. Der sozialistische*  
8 *Patriotismus ist die höchste Form des Patriotismus.*<sup>3</sup>

9 Hier erkennt man, dass der Sozialismus nicht von der Nation getrennt gedacht werden kann  
10 und der Sozialismus ist der wahre Verfechter für die Nation. Das Erringen des nationalen  
11 Sozialismus ist in der geschichtlichen Bestimmung keine Auflösung von Nation und Volk,  
12 sondern setzt diese gerade voraus. Hier wird die schon bekannte Zweieinheit von Sozialismus  
13 und Nationalismus deutlich, welcher auch schon im historischen Nationalsozialismus etwa so  
14 vom Strasser-Flügel propagiert wurde. Dabei geht es natürlich nur um den Kampf für deutsche  
15 Arbeiter und nicht für den Arbeiter als Klasse. Denn es geht an erster Stelle um das Wohl der  
16 Deutschen. Das wird deutlich in dem folgenden Zitat zur Behandlung von Arbeitslosen  
17 deutlich: „Aus der Sicht deutscher Nationalisten gehören Betriebe zwangsverpflichtet erst  
18 deutsche Arbeitslose einzustellen“<sup>4</sup>. Noch deutlicher wird die Haltung des Freien Netz Süd  
19 gegenüber Ausländern, in ihrer Aussage, dass durch den steigenden Anteil von Ausländern  
20 „langfristig irreparable Schäden im deutschen Volk“<sup>5</sup> entstehen würden.

21  
22 Die Schuld an dem jetzigen Zustand wird klar in der Demokratie und dem kapitalistischen  
23 System gesehen, dass den ‚Volkstod‘ bedeuten würde. In den Augen des Freien Netz Süd ist  
24 das Volk bedroht und die jetzigen Deutschen womöglich die letzten ihrer Art, „zerstört von  
25 widernatürlicher Rassenmischung und umweltfeindlichen Turbokapitalismus“<sup>6</sup>. Hier tritt in Form  
26 der Reinerhaltung der Rasse das biologistische Menschenbild des Freien Netz Süd zutage,  
27 worin man die Versatzstücke der nationalsozialistischen Vorstellung des Rassenkampfes  
28 erkennen kann. Ebenso zeigt die Vorstellung, dass die heutige Form der Demokratie den

---

3

<http://sachedesvolkes.wordpress.com/2013/06/05/sozialistischer-patriotismus/>

4

<http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/06/14/klassenkampf-von-oben-lieber-auslander-als-deutsche-arbeitslose/>

5

<http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2009/12/14/dieses-system-bringt-uns-den-volkstod/>

6

<http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2009/03/24/familientag-im-nurnberger-tiergarten/>

1 ‚Volkstod‘ bedeutet, die radikale Ablehnung der vorherrschenden Idee der liberalen  
2 Demokratie, die dadurch widernatürlich und zerstörerisch wirkt. Hier erkennt man wieder die  
3 Versatzstücke der antiliberalen und antidemokratischen Gedankenwelt des  
4 Nationalsozialismus.

5

6 Auch Antisemitismus ist fester Bestandteil des ideologischen Weltbildes des Freien Netz Süd.  
7 So wird immer wieder vom Freien Netz Süd der in ihren Augen überzogene Umgang mit  
8 Juden angeprangert. Als Beispiel werden etwa 5 Millionen Euro angeführt, mit der die  
9 jüdische Gemeinde in Berlin bezuschusst werde, obgleich dieses Geld doch besser für andere  
10 Dinge ausgegeben werden könnte, da es ja das Geld des deutschen Steuerzahlers sei<sup>7</sup>.  
11 Interessant ist hier, dass die jüdischen Bürger scheinbar nicht als deutsche Steuerzahler  
12 angesehen werden. Hier erkennt man durchaus das völkisch-antisemitische Bild vom Juden,  
13 dass der ideologischen Vorstellungswelt des Freien Netz Süd zu Grunde liegt. Zusätzlich wird  
14 immer wieder gegen Israel gehetzt. So wird Israel beispielsweise als „zionistische[s]  
15 Terrorregime im Nahen Osten“<sup>8</sup> bezeichnet. So heißt es etwa auf der Seite des Freien Netz  
16 Süd zur Thematik deutscher U-Boot-Lieferungen an Israel:

17

18 *„Ende April 2013 kaufte das zionistische Gebilde im Nahen Osten ein weiteres U-Boot*  
19 *aus deutscher Fabrikation und besitzt nun ganze fünf Exemplare der Genozid-Waffe.*  
20 *Ein sechstes ist bereits bestellt. Unersättlich scheint die Gier des paranoiden*  
21 *Terrorstaates nach weiteren todbringenden Modellen.“<sup>9</sup>*

22 Hier wird deutlich, dass man den Staat Israel und den Juden zum einen wieder Gier vorwirft,  
23 so wie es dem antisemitischen Stereotyp entspricht, und zum anderen den jüdischen Staat und  
24 somit die Juden als eine Bedrohung dargestellt, wie es schon im historischen  
25 Nationalsozialismus der Fall war.

26

27 Hinter dem nationalen Sozialismus des Freien Netz Süd stecken die Versatzstücke der  
28 nationalsozialistischen Ideologie. Der nationale Sozialismus ist somit wie auch schon beim im  
29 historischen Nationalsozialismus nur eine Sozialismusedemagogie, die blenden soll. Es geht  
30 diesem nicht wirklich um die Überwindung des Kapitalismus, sondern darum, den

---

7

Vgl.: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/07/01/5-millionen-jahrlich-fur-berliner-juden/>

8

<http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/02/02/zionistischer-terrorstaat-bombardiert-syrien/>

9

<http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/05/17/brd-unterstutzt-zionistischen-atomschlag/>

1 Nationalsozialismus wieder in einem vermeintlich neuen Gewand trotz der historischen  
2 Tatsachen gesellschaftsfähig zu machen. Doch der nationale Sozialismus ist nichts anderes als  
3 Wein aus alten Schläuchen, und hinter Rhetorik steht nicht im geringsten ein Sozialismus,  
4 sondern eine höchst menschenverachtende Ideologie steckt. „Nationaler Sozialismus“ ist somit  
5 nur ein Synonym für Nationalsozialismus. Somit stellt das Freie Netz Süd den Versuch dar, sich  
6 im Sinne des Nationalsozialismus wieder zu betätigen.

7

8 Neben der offensichtlichen zu Tage tretenden Kontinuität zum historischen Nationalsozialismus  
9 und dessen Wiederbetätigung wurde auch immer wieder nach außen deutlich, dass es sich  
10 bei dem Freien Netz Süd um eine Ersatzorganisation für die 2004 verbotene Fränkische  
11 Aktionsfront handelt. Auf Veranstaltungen des Freien Netz Süd konnte man immer wieder  
12 Erkennungszeichen der Fränkischen Aktionsfront sehen unter anderem ein altes Banner,  
13 welches nur umgeklappt wurde, damit man den Schriftzug der Aktionsfront nicht mehr lesen  
14 konnte. Ebenso gibt es eine gewisse personale Kontinuität, die den Verdacht erhärten, dass  
15 das Freie Netz Süd eine zu verbotene Ersatzorganisation für die Fränkische Aktionsfront ist.  
16 Insgesamt kann man anhand öffentlich zugänglicher Quellen klar und deutlich den  
17 nationalsozialistischen Charakter sowie den Ersatzcharakter für die Fränkische Aktionsfront  
18 erkennen.

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion,  
Bundesparteitag SPD

### **I 3 Atomwaffen**

19 Wir Jusos fordern ein sofortiges Verbot der Stationierung, des Transports, der Herstellung und  
20 der sonstigen Handhabung von Atomwaffen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik. Hierzu  
21 gehören auch, bzw. insbesondere die US-Basen in Deutschland. Die einzige Ausnahme dieser  
22 Regelung wäre für die Rücküberführung der aktuell in Deutschland stationierten Atomwaffen zu  
23 genehmigen. Ebenso wäre die Überprüfung auf und gegebenenfalls die Suche und Bergung  
24 von verlorenen Atomwaffen, so genannten „Broken Arrows“ auf / über dem Gebiet der  
25 Bundesrepublik durchzuführen.

26 Ausnahmen hiervon dürfen ausschließlich zur aktiven Teilnahme an der Weltweiten atomaren  
27 Abrüstung (Demontage von Atomwaffen) gemacht werden.

28 Begründung:

29 Vor dem Hintergrund vieler Bedenken hinsichtlich der Sicherheit von Atomkraftwerken, die  
30 eigentlich für eine maximale Sicherheit konstruiert wurden, und dem Beschluss der Stilllegung  
31 eben jener Atomkraftwerke aus Sicherheitsbedenken, kommt uns die Stationierung von  
32 Atomwaffen, deren Zweck das Anrichten von Zerstörung ist, als blanker Hohn vor. Ebenso  
33 kann man nicht für eine Atomwaffenfreie Welt eintreten, wenn man weiterhin ebensolche im  
34 eigenen „Keller“ gebunkert hat. Auch sind die Sicherheitsmechanismen vieler Atomwaffen

1 schon veraltet, was zur Folge hat, dass auch relativ kleine Ereignisse, wie ein Brand im  
2 Lagergebäude verheerende Folgen haben kann.

Adressaten: Juso-Bundeskongress, Bayern SPD, SPD-Bundestagsfraktion

## **I 6 Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren - Demokratie stärken**

3 Als Lobbyismus bezeichnet man im engeren Sinne die Einflussnahme von Interessensgruppen  
4 auf die Exekutive und Legislative. Wurde Lobbyismus in der Bonner Republik vor allem  
5 durch Arbeitgeberverbände, Kirche und Gewerkschaften ausgeübt, nimmt seit Ende der 90er  
6 Jahre der Einfluss von profitorientierten Lobbys zu.

7  
8 LobbyistInnen versuchen ParlamentarierInnen nicht nur durch direkte Gespräche zu beeinflussen,  
9 sondern auch durch die Übernahme von Arbeit. So lesen LobbyistInnen Gesetzestexte, werten  
10 Gerichtsurteile aus, entwerfen Stellungnahmen, Broschüren und (Gegen-)Positionspapiere.

11  
12 Auch der Einfluss auf die Exekutive hat in den letzten Jahren zugenommen. Mit dem  
13 Personalaustauschprogramm "Seitenwechsel" wechselten von 2004 bis 2006 jährlich etwa  
14 100 MitarbeiterInnen (sogenannte "LeihbeamtlInnen") von privaten Unternehmen wie der  
15 Deutschen Bank, BASF, Siemens und SAP für mehrere Monate in die Bundesministerien, wurden  
16 aber weiterhin von der Privatwirtschaft bezahlt. Im Gegenzug durften MinisterialbeamtlInnen in  
17 die freie Wirtschaft "hineinschnuppern". Der Bundesrechnungshof stellte allerdings schon bald  
18 fest, dass diese Maßnahme von Seiten der Privatwirtschaft dazu missbraucht wird, eigene  
19 Interessen durchzusetzen. Weiterhin monierte er, dass LeihbeamtlInnen die Bundesregierung  
20 auch auf Veranstaltungen und Verhandlungen vertraten.

21  
22 Über 60 % der Leistungsvorlagen wurden von externen MitarbeiterInnen erstellt, über 25 % der  
23 LeihbeamtlInnen waren an Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge beteiligt, und über 20 % der  
24 externen MitarbeiterInnen waren sogar in die Ausarbeitung neuer Gesetze und Verordnungen  
25 eingebunden. So wurde das "Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens", das auch zur  
26 Deregulierung der Märkte beigetragen hat, im Wesentlichen von einer Juristin geschrieben, die  
27 vom Bundesverband Investment und Asset Management e.V. bezahlt wurde.

28  
29 Profitorientierte LobbyistInnen haben in den letzten Jahren viel zur Aushöhlung der Demokratie  
30 beigetragen. Zum Großteil vertraten bzw. vertreten deswegen Parlament und Regierung - zum  
31 Teil sicherlich auch unbeabsichtigt - die Partikularinteressen einzelner Branchen und  
32 Unternehmen, anstatt das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen. Dennoch halten wir ein  
33 Verbot des Lobbyings für falsch und auch nicht mitdemokratischen Prinzipien vereinbar, da  
34 jedeR BürgerIn das Recht hat, ihre/seine Interessen zu vertreten, zumal eine Unterscheidung  
35 zwischen "gutem" und "schlechtem" Lobbyismus im Einzelfall nicht immer klar zu treffen ist.  
36 Aufgabe der Politik muss es deswegen sein, Lobbyismus zu kontrollieren, indem gegenüber der  
37 Öffentlichkeit die größtmögliche Transparenz hergestellt wird.

38  
39 Deswegen fordern wir:

- 1 • **Ein Lobbyregister:** Die bisher freiwillige Verbändeliste soll durch ein verpflichtendes  
2 Lobbyregister ersetzt werden, in dem sich NGOs, Sozial-, Industrieverbände,  
3 Gewerkschaften, Beratungsunternehmen (Agenturen, Consultants),  
4 Unternehmensrepräsentanzen und Rechtsanwaltskanzleien eintragen müssen.  
5 Jede InteressensvertreterIn muss den Tätigkeitszweck und ihre/seine Finanziere offen  
6 darlegen. Das Lobbyregister muss als Online-Datenbank der Öffentlichkeit zur  
7 Verfügung gestellt werden.
- 8 • **Eine legislative Fußspur:** Zu jedem Gesetz muss ein Bericht veröffentlicht werden, in dem  
9 dokumentiert wird, wer im Verlauf der Erstellung eines Gesetzesentwurfs angehört  
10 wurde bzw. beraten hat.
- 11 • **Verbot des Einsatzes von Leihbeamten:** Zwar beteuerte die Bundesregierung nach  
12 der Veröffentlichung des Berichts des Bundesrechnungshofes, dass man den Einsatz von  
13 Leihbeamten besser regulieren will, jedoch sehen wir nicht, wie dies möglich sein  
14 soll. Deswegen fordern wir den Verbot des Einsatzes von Leihbeamten. Die  
15 MinisterInnen sollen auf die Expertise der eigenen Ministerialbeamten zugreifen und  
16 im Zweifelsfall neue Beamten einstellen. Auch die Kooperation mit wissenschaftlichen  
17 Einrichtungen sollte intensiviert werden.
- 18 • **Regulierung der Ausgliederung von Expertisen:** In den letzten Jahren kam es immer  
19 häufiger vor, dass Gesetzestexte von Anwaltskanzleien ausgearbeitet worden sind.  
20 Dieses Vorgehen muss streng reguliert und transparent gestaltet werden. Deswegen  
21 fordern wir die einzelnen Ministerien auf, entsprechende Expertise, ggf. unter Aufbau  
22 entsprechenden Personals, vorzuhalten.
- 23 • **Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf den Cent genau angeben:** Derzeit müssen  
24 Bundestagsabgeordnete ihre Nebeneinkünfte in einer der zehn Kategorien (1000-3.500  
25 €; bis 7.000 €; bis 15.000 €; bis 30.000 €; bis 50.000 €; bis 75.000 €; bis 100.000  
26 €; bis 150.000 €; bis 250.000 €; über 250.000 € pro Jahr) angeben. Dies stellt zwar  
27 eine Verbesserung gegenüber der bis zur Bundestagswahl 2013 geltenden Regelung  
28 mit nur drei Stufen (über 1.000 bis 3.500 €; bis 7000 €; über 7.000 €) dar, da die Stufen  
29 jedoch teilweise recht groß sind und im Bereich über 250.000 € noch immer keine  
30 Transparenz vorliegt, ist diese Regelung noch zu ungenau. Die Abgeordneten (EU,  
31 Bund, Land und hauptberufliche KommunalpolitikerInnen) sollen ihre Nebeneinkünfte auf  
32 den Cent genau angeben.
- 33 • **Einschränkung von Nebentätigkeiten:** Um zu verhindern, dass Abgeordnete durch ihre  
34 Nebentätigkeit zu stark in ihrer eigentlichen Aufgabe eingeschränkt werden, fordern  
35 wir den Gesetzgeber dazu auf, entsprechende Kriterien und Richtlinien zu erarbeiten,  
36 um die Ausübung von Nebentätigkeiten in einem angemessenen Rahmen zu  
37 ermöglichen.
- 38 • **Verbot der Annahme von Geschenken über 50 Euro:** PolitikerInnen müssen jeden  
39 Anschein vermeiden, für persönliche Vorteile empfänglich zu sein. Verboten werden  
40 muss daher die Annahme von Geschenken über 50 Euro, sofern ein Bezug zum  
41 politischen Amt gegeben ist. Der Nachweis eines direkten Zusammenhangs zwischen  
42 bestimmten Entscheidungen und entsprechender Gegenleistung ist nicht erforderlich.

- 1 Neben finanziellen Leistungen sind hierbei u.a. auch geldähnliche Zuwendungen, die  
2 Überlassung von Gegenständen sowie besondere Vergünstigungen bei Privatgeschäften  
3 (etwa besonders günstiger Zinssatz) einzubeziehen.
- 4 • **Offenlegung aller Ämter und Mitgliedschaften:** JedeR MandatsträgerIn soll dazu  
5 verpflichtet werden, ihre/seine Ämter und Mitgliedschaften offen zu legen. Als Vorbild  
6 dient hier Ulrich Kelbers Homepage, auf der zudem alle Kontakte mit LobbyistInnen  
7 aufgeführt werden (<http://www.ulrich-kelber.de/glaesernermdb/index.html>).
  - 8 • **Mehr Spielraum für ParlamentarierInnen:** Abgeordnete haben oftmals keine Zeit,  
9 alle Daten und Zahlen sorgfältig zu recherchieren und gründlich zu hinterfragen.  
10 Deshalb muss das zweckgebundene Budget für MitarbeiterInnen erhöht werden.
  - 11 • **Transparente Gestaltung des Sponsorings:** Es ist mittlerweile üblich, Flächen auf  
12 Parteitag an Unternehmen und Verbände zu vermieten. In Hinblick auf die  
13 Veröffentlichungspflicht sind die erhaltenen Gelder wie Spenden zu behandeln. Die  
14 Mieten/ das Entgelt muss sich nach die üblichen Kosten auf gleich großen Messen  
15 richten.
  - 16 • **Anti-Korruptions-Konvention:** Wir fordern das Parlament dazu auf, die unterzeichnete  
17 Anti-Korruptions-Konvention der UN zu ratifizieren, wie schon von unserer  
18 Bundestagsfraktion beschlossen.
- 19

# Umwelt und Landwirtschaft

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, Parteikonvent

## U 5 Auf Phosphormangel vorbereiten

1 Die Weltbevölkerung wächst und wird dies voraussichtlich noch bis ca. 2040 tun. Zudem steigt  
2 der Wohlstand und damit auch die Anforderungen an Nahrung, was bei begrenzten Flächen  
3 einen Einsatz von Dünger unabdingbar macht.

4 Pflanzendünger besteht aus Ammoniak, Phosphor und Mineralsalzen. Während Ammoniak  
5 industriell gefertigt werden kann und Mineralsalze wie Kalium, Calcium oder Magnesium aus  
6 Meerwasser oder Salzstöcken gewonnen werden können, ist die Förderung von Phosphor,  
7 aufgrund seiner hohen Reaktivität mit Sauerstoff, schwieriger. Zudem ist er begrenzt. Fast die  
8 gesamten weltweiten Vorkommen verteilen sich auf Marokko, China, Jordanien, Südafrika und  
9 die USA. Obwohl letztere über 10 % der Weltvorkommen verfügen und zugleich größter  
10 Produzent von Phosphor, sind sie seit 2007 zu einem Importeur geworden. Zudem steigen bei  
11 fortschreitendem Lagerstättenabbau die Schadstoffgehalte der Schwermetalle von Uran und  
12 Cadmium im Phosphat in den abgebauten Erzen stetig an, was eine Beeinträchtigung der  
13 Bodenqualität bei der Düngung mit sich bringt. Der Großteil des verwendeten Phosphors aus  
14 der Landwirtschaft, ca. 102.530 Tonnen<sup>10</sup>, gelangt zudem ins Grundwasser, was die  
15 Qualität von Trinkwasser beeinträchtigt und höhere Kosten für Verbraucher\*innen verursacht.  
16 Nach der Landwirtschaftskammer Niedersachsen entstehen allein in den Landkreisen Vechta  
17 und Cloppenburg 7,4 Millionen Tonnen Gülle aus der Tierhaltung, was den dortigen Bedarf für  
18 Nutzpflanzen um mehr als das Doppelte übersteigt. Von dort gelangt es in  
19 Oberflächengewässer, trägt dort zum Algenwachstum bei oder fließt über Flüsse ins Meer.

20 Der Mensch braucht täglich 0,7 Gramm Phosphor in seiner Nahrung um nicht an  
21 Mangelerscheinungen zu leiden. Phosphor ist unabdingbar beim Knochenaufbau und  
22 Energiestoffwechselprozessen. Zugleich scheidet er pro Jahr ca. 1 Kilogramm aus. Neben  
23 Ausscheidungen (insbesondere Urin) von Mensch und Tier sind Tierknochen und  
24 Lebensmittelabfälle die Hauptvorkommen von Phosphor in Deutschland. Das Bundesministerium  
25 für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und  
26 Reaktorsicherheit (BMU) riefen im Jahr 2004 die gemeinsame Förderinitiative  
27 „Kreislaufwirtschaft für Pflanzennährstoffe - insbesondere Phosphor“ ins Leben, in welchen  
28 verschiedene Verfahren zur Rückgewinnung von Phosphor entwickelt wurden und derzeit in  
29 verschiedenen Kläranlagen erprobt werden. Das weltweite Fördermaximum für Phosphor wird  
30 für 2027 erwartet<sup>11</sup>.

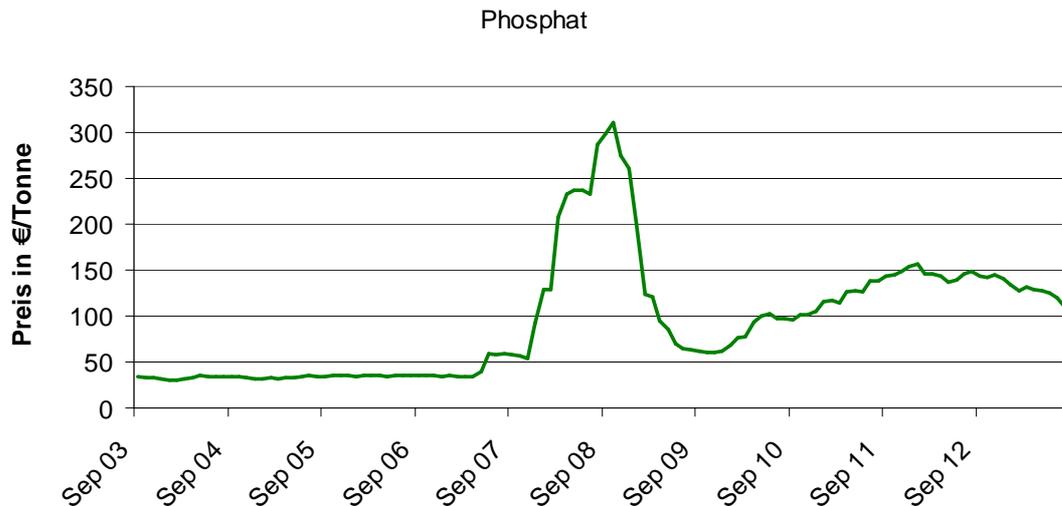
31 Die Stadt Offenburg hat über den kommunalen Investitionsfonds (KIF) Baden-  
32 Württemberg Investitionskosten in Höhe von 645.000 € für eine Anlage zu Behandlung von  
33 anaerob stabilisierten Klärschlämmen gebaut und Ende 2011 in Betrieb genommen. Dabei  
34 entsteht durch chemischen Prozess unter Zugabe von Schwefelsäure, Natronlauge,  
35 Zitronensäure und Magnesiumchlorid das Produkt Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP).

---

10 Bericht „Bewertung von Handlungsoptionen zur nachhaltigen Nutzung sekundärer Phosphorreserven“ Bund/Länder-  
Arbeitsgemeinschaft Abfall Stand 30. Januar 2012:10

11 <http://www.resilience.org/stories/2013-08-29/new-projection-of-peak-phosphorus>

1 Das MAP kann direkt als Mehrnährstoffdünger in der Landwirtschaft verwendet werden.  
 2 Gebaut wurde eine Anlage mit einem Reaktorvolumen von 12 Kubikmetern. Damit kann der  
 3 Klärschlamm von circa 5.000 Einwohner\*innenwerten behandelt werden. Die Ausbeute wird  
 4 dabei auf circa 50 Kilogramm MAP pro Tag geschätzt. 12 Etwa 70 % des Phosphors kann  
 5 hierdurch zurück gewonnen werden, was nach Schätzungen des Baden-württembergischen  
 6 Umweltministeriums etwa 53 % des Landesbedarfes sicherstellt.<sup>13</sup>Wobei grundsätzlich eine  
 7 Deckung von 80 % unter Hinzunahme von Abfällen in der Nahrungsmittelindustrie und  
 8 Wirtschaftsdünger auszugehen ist.<sup>14</sup>



9

10 Der Preis pro Tonne Phosphat, befand sich Jahrzehnte lang bis zum Frühjahr 2007 bei etwa  
 11 30 € pro Tonne, stieg dann bis Oktober 2008 auf über 300 € pro Tonne an<sup>15</sup>, was zu  
 12 Ausschreitungen indischer Bauer\*innen führte, die um ihre Existenz fürchteten. Seitdem fiel der  
 13 Preis zwar aufgrund weniger Spekulation, hält sich aber noch über 100 € pro Tonne. Ein  
 14 Vergraben von Klärschlamm auf Deponien und unter Straßenbelag erscheint daher nicht mehr  
 15 zeitgemäß. Um Hungersnöte und Kriege, verursacht durch Mangel an Phosphatdünger,  
 16 zu verhindern, ist eine Streckung der vorhandenen Ressourcen bis eine vollständige  
 17 Wiederverwertung möglich wird, notwendig.

18 Forderungen:

- 19 • Sparsamer Umgang mit Phosphor in der deutschen bzw. europäischen Landwirtschaft
- 20 durch die schrittweise Erhöhung eines Mindestpreises für phosphathaltigen Dünger. Die
- 21 Differenz zum Weltmarktpreis soll über den EU Agrarhaushalt ausgeglichen werden mit
- 22 dem Ziel einer vollständigen Substitution von Phosphorimporten
- 23 • Züchtung phosphoreffizienterer Pflanzen
- 24 • Suche neuer Phosphorlagerstätten und deren Erschließung

12 <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/88094/>

13 „Phosphor-Rückgewinnungsstrategie Baden-Württemberg“ Referat 46 „Siedlungsabfallwirtschaft, Abfalltechnik“ des  
 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg Oktober 2012

14 Nachhaltiger Umgang mit der begrenzten Ressource Phosphor durch Recycling und Erhöhung der Phosphoreffizienz der  
 Düngung Wissenschaftlicher Beirat für Düngungsfragen des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und  
 Verbraucherschutz 22.2.2011

15 <http://www.indexmundi.com/commodities/?commodity=rock-phosphate&months=120&currency=eur>

- 1 • Vorrang stofflicher gegenüber thermischer Verwertung von phosphorhaltigen
- 2 Erzeugnissen (> 1 % Phosphoranteil)
- 3 • Schrittweise Umstellung aller Kläranlagen zur Wiederverwertung von Phosphor
- 4 • Vollständige Verwertung Abfällen aus der Tierhaltung
- 5 • Vollständige Filterung von Phosphor aus Oberflächengewässern
- 6 • Einrichtung eines Lagers für Klärschlammmaschen bis eine Wiedergewinnung von
- 7 Phosphor großtechnisch möglich wird.

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPE-Fraktion im EU-Parlament !

## U 6 Genmais 1507 stoppen!

8 Bei der Abstimmung der EU-Minister zur Zulassung des Genmais 1507 auf den europäischen  
9 Ackerflächen wurde die Chance verpasst hier ein Verbot zu erreichen, auch wegen einer  
10 Enthaltung Deutschlands. Auf Grund einer mangelnden Zustimmung hierzu, liegt die  
11 Entscheidung nun bei der EU-Kommission, die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung ist bei der  
12 bisherigen Lage der wissenschaftlichen Bewertung sehr hoch.

13 Grund für die deutsche Enthaltung war der Konflikt in dieser Frage in der Regierung zwischen  
14 SPD und CDU. Wir begrüßen es, dass sich die SPD hier gegen eine Erlaubnis der  
15 gentechnisch veränderten Pflanze ausgesprochen hat, wir wollen auch, falls die europäische  
16 Kommission Mais 1507 zulässt hier eine weitere konsequente Linie der SPD auf nationaler  
17 Ebene sehen. Eine Ausstiegsklausel für die Bundesländer, wie sie von der CSU angedacht  
18 wird, reicht nicht aus, wir wollen ein Bundesgesetz, welches grundsätzlich den Einsatz dieser  
19 Pflanze verbietet! Weiter fordern wir zukünftig eine klare Regelung für Deutschland, was den  
20 Einsatz sogenannter „Grüner Gentechnik“ betrifft. Wir müssen klar Stellung beziehen, um  
21 zukünftig hier ein europäischer Garant für ökologische Landwirtschaft im Sinne der Bäuerinnen  
22 und Bauern wie auch der Verbraucher\_innen zu sein.

23 Sowohl eine rot-rot-grüne Mehrheit, wie auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition, in  
24 welchem zu lesen ist:

25 „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen  
26 Gentechnik an. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten  
27 Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie beim Saatgut.“ Sollte hierfür eine  
28 Mehrheit garantieren. Bei Genmais 1507 handelt es sich um eine durch grüne Gentechnik  
29 veränderte Maissorte. Die Veränderung an der Pflanze wurde dahingehend getroffen, dass  
30 einerseits eine Resistenz gegenüber dem Herbizidwirkstoff Glufosinat besteht. Weiter trägt eine  
31 solche genetische Veränderung der Pflanze zur Toxinproduktion zum Schutz gegen Schädlinge  
32 bei.

1 Die Anwendung des Wirkstoffes Glufosinat wird als Embryoschädigend durch die EU-  
2 Risikobehörde (EFSA) eingeschätzt, weshalb dessen Gebrauch starken  
3 Zulassungsbeschränkungen unterliegt. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und  
4 Lebensmittelsicherheit hat den Einsatz hiervon widerrufen, seit dem 13.11.2013 ist der Einsatz  
5 von Glufosanit bei Mais-Produkten verboten. Eine Resistenz von Mais gegenüber einem  
6 solchen Stoff ist also in Deutschland überhaupt nicht notwendig, da er nicht mehr zum Einsatz  
7 kommt.

8 Wenn Pflanzen durch eine gentechnische Veränderung zur Toxinproduktion gebracht werden,  
9 ist das ein ernstzunehmender Eingriff in die Natur. Hierbei besteht immer ein großes Risiko  
10 gegenüber so genannten „Nichtzielorganismen“. Die toxische Konzentration von Mais 1507  
11 ist bspw. in den Pollen der Pflanze 350mal höher, als in der 2009 verbotenen Maissorte Mon  
12 810. Diese Sorte wurde damals verboten in Deutschland, die Klage von Monsanto im  
13 Anschluss gegen das durch das Verbraucherschutzministerium Einsatzverbot wurde durch ein  
14 Gericht abgewiesen, es zeigt also: ein solches Vorhaben ist auch hier möglich.

15 Die amerikanische „Union of Concerned Scientists“ hat festgestellt, dass der Einsatz  
16 gentechnisch veränderten Maises keine Ertragssteigerung in den USA gebracht hat. Die  
17 Resistenz gegenüber Pestiziden, welche in Deutschland verboten sind, in Kombination mit dem  
18 Ergebnis einer solchen Studie stellt den Bedarf dieser Pflanze für die deutsche und europäische  
19 Lebensmittelindustrie merkbar in Frage. Nachdem die Umweltschäden nicht zur Genüge  
20 geklärt werden konnten, lehnen wir den Einsatz dieses Saatgutes ab! Wir fordern die  
21 Bundesregierung dazu auf im Rahmen der Safeguard-Klausel sich der kommenden Erlaubnis  
22 durch die EU-Kommission zu entziehen und hierfür im vornherein eine umfassende  
23 wissenschaftliche Untersuchung als Grundlage für den Gebrauch dieser Klausel durchzuführen.

## Netz und Infrastruktur

AdressatInnen: Juso-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-  
Bundestagsfraktion

### N 2 Höchstgeschwindigkeit für Roller erhöhen

24 Forderung:

25 Die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Roller mit 50ccm soll auf 50 km/h heraufgesetzt  
26 werden.

27

28 Begründung:

29 Durch die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 45 km/h wird die  
30 Unfallwahrscheinlichkeit in der Stadt erhöht. Autofahrer überholen bei 45 km/h eher auch in  
31 der Stadt, als bei 50 km/h. Auch ist es wissenschaftlich erwiesen, dass die meisten Unfälle im  
32 Straßenverkehr bei einer Überholung passieren. Darum ist es aus Sicherheitsaspekten  
33 sinnvoller die Geschwindigkeit anzupassen um diesen unnötigen Gefahrenherd zu minimieren.

# Partei

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress

## P 1 Parteiausschluss von Thilo Sarrazin

1 Wir Jusos fordern den Ausschluss von Thilo Sarrazin aus der Sozialdemokratischen Partei  
2 Deutschlands.

### 3 **Begründung:**

4 Thilo Sarrazin hat in den vergangenen Jahren schon genügend Gründe für einen  
5 Parteiausschluss geliefert, z. B. auch 2013 im Wahlkampf für die FPÖ. Jetzt hat er im Rahmen  
6 seiner Promotion-Tour zu „Der neue Tugendterror“ nochmal nachgelegt und der Partei  
7 „Alternative für Deutschland“ (AfD) „mehr fachliche Kompetenz in ihren Reihen als CDU, CSU  
8 und SPD zusammen“ attestiert. Es kann nicht sein, dass linksgerichtete SozialdemokratInnen im  
9 Schnellverfahren aus der Partei fliegen und RechtspopulistInnen weiter geduldet werden.

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

## P 3 Zum GroKo-Deal

10

11 Wir stehen der großen Koalition auf Bundesebene sehr kritisch gegenüber und setzen  
12 hohe Maßstäbe an die Umsetzung sozialdemokratischer Themen aus dem  
13 Koalitionsvertrag.

14 Die Jusos haben sich vor dem Mitgliederentscheid deutlich positioniert: Der  
15 Koalitionsvertrag wird den Forderungen aus dem Wahlkampf nicht gerecht. Wir  
16 haben für einen Politikwechsel gekämpft, den wir in dieser großen Koalition unter der  
17 Führung von Angela Merkel nicht verwirklicht sehen.

18 Dennoch ist klar: Das Ergebnis des Mitgliederentscheids mit seiner deutlichen  
19 Befürwortung der großen Koalition akzeptieren wir. Die nächsten 4 Jahre  
20 sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung gilt es nun zu nutzen um möglichst viele  
21 Punkte unseres Wahlprogramms in Regierungshandeln umzusetzen. Wir halten es für  
22 falsch, wenn die Entscheidung bei Genossinnen und Genossen zu Resignation oder  
23 gar Parteiaustritten führt.

24 Die Regierungszeit wird kein Zuckerschlecken – weder für die Funktionäre auf  
25 Bundesebene noch für die Parteibasis. Wir werden uns stets im Spannungsfeld  
26 zwischen unserer sozialdemokratischen Grundüberzeugung und den Forderungen  
27 unserer konservativen Koalitionspartner befinden. Daher müssen unsere  
28 Bundestagsabgeordneten in den nächsten Jahren mehreren Rollen gerecht werden.

29

30

1 Rolle 1: Umsetzen zentraler sozialdemokratischer Themen!

2 Die folgenden Themen sind aus unserer Sicht die zentralen Fragen, auf die es in der  
3 Großen Koalition ankommen wird:

4 • Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn muss kommen! Er muss ab 2015  
5 (bzw. mit der Übergangsfrist bei existierenden Tarifverträgen 2017) mit 8,50€  
6 verbindlich in ganz Deutschland eingeführt werden. Dabei darf es keine regionalen  
7 Ausnahmen, zeitlichen Verschiebungen oder andere Ausreden geben. Wer in diesem  
8 Land arbeitet, muss von seinem Lohn ohne weitere Transfermaßnahmen vernünftig  
9 leben können!

10 • Die Befristung der Ausnutzung von LeiharbeiterInnen und die Einschränkungen  
11 des Missbrauch von Werkverträgen sind erste Schritte auf einem Weg zu einer  
12 besseren Arbeitsmarktpolitik. Von ihnen darf kein Stück abgewichen werden!

13 • Auf dem Weg zur besseren Gleichstellung in der Gesellschaft ist die gesetzliche  
14 Frauenquote in Aufsichtsräten ein ebenso sinnvolles Instrument wie das  
15 Entgeltgleichheitsgesetz. Für uns Jusos ist eine komplette Gleichstellung der  
16 Geschlechter längst überfällig!

17

18 Rolle 2: Einbringen weiterer sozialdemokratischer Akzente!

19 Uns ist bewusst, dass ein Koalitionsvertrag noch kein Regierungsergebnis ist. Daher  
20 wird es in den nächsten 4 Jahren darauf ankommen, weitere sozialdemokratische  
21 Themen durchzusetzen, auch wenn sich der Koalitionsvertrag dazu ausschweigt:

22 • Die Studierenden in Deutschland brauchen eine starke gesetzliche  
23 Studienfinanzierung, die den realen Lebensbedarf der Studierenden deckt. Das  
24 BAföG ist in den letzten Jahren nicht adäquat der Lebensrealität der Studierenden  
25 angepasst worden. Dass der Koalitionsvertrag hier bisher keine Erhöhungen der  
26 Bedarfssätze und Ausweitungen der Bezugsberechtigten vorsieht, kritisieren wir aufs  
27 Schärfste. Hier muss die Regierung dringend tätig werden.

28 • In der öffentlichen Debatte sind die Oppositionsrechte ein wichtiges Thema, bei der  
29 VertreterInnen der Großen Koalition gerne vollmundig bekunden, dass man die nun  
30 existierende Klein-Opposition angemessen beteiligen werde. Uns reichen diese  
31 warmen Worte jedoch nicht aus. Eine Demokratie braucht eine Opposition und eine  
32 Opposition braucht gewisse Rechte um eine Regierung kontrollieren zu können. Daher  
33 muss die Koalition der Opposition mindestens 30% der Redezeit im Bundestag sowie  
34 das formelle Recht zur Einreichung einer Normenkontrollklage zubilligen.

35 • Die SPD hat eine klare Vision eines sozialen Europas. Die Festung Europa mit einer  
36 solidarischen Asylpolitik zu überwinden, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen  
37 und die Finanzmärkte zu regulieren, Staaten in Krisensituationen wirtschaftlich zu  
38 unterstützen und Menschen anderer Herkunft zu integrieren sind nur einige Punkte  
39 unseres internationalistischen Politikansatzes. Euro-Gegner\_innen wie der AfD und  
40 fremdenfeindlichen Äußerungen aus Reihen der CSU erteilen wir eine klare Absage.

1 Hier gilt es für die SPD in der Regierung Stärke zu zeigen – Hoch die internationale  
2 Solidarität!

3 • Unstrittig ist die Energiewende ein zentrales Projekt dieser Regierung, an der sie  
4 sich messen lassen muss. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sind leider viel zu  
5 zurückhaltend. Der Weltklimarat hat in seinem neuesten Bericht aus dem November  
6 2013 alarmierende Veränderungen im Klimasystem herausgearbeitet. Der Erwärmung  
7 der Atmosphäre und der Ozeane, der Verringerung von Schnee- und Eismengen,  
8 steigenden Meeresspiegeln und höherer Konzentration von Treibhausgasen wollen wir  
9 mit einem schnellen Umstieg auf einen regenerativen Energiemix aus Wind-, Solar-  
10 und Biomasse begegnen. Eine Verlängerung der Kernenergie ist für uns keine Option.  
11 Stattdessen fordern wir stärkere Investitionen in die neuen Energien – das ist  
12 energiepolitisch sowie arbeitsmarktpolitisch der einzig zukunftsfähige Weg für dieses  
13 Land.

14

15 Rolle 3: Selbstbewusste Opposition innerhalb der Regierung!

16 Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten- und MinisterInnen aber noch eine  
17 dritte Rolle, die Opposition innerhalb der Regierung. Es gibt zentrale Themen, die wir  
18 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Wahlkampf bekämpft haben und die  
19 wir weiterhin für falsch halten. Dies muss eine selbstbewusste SPD auch in  
20 Regierungsverantwortung vertreten:

21 • Das Betreuungsgeld der CSU ist und bleibt eine Farce! Wir möchten keine reichen  
22 Familien dafür belohnen, dass sie ihre Kinder aus sozialen Einrichtungen wie KiTas  
23 fernhalten, die nach wissenschaftlichen Studien einen sehr positiven Einfluss auf die  
24 soziale Entwicklung haben. Wir Jusos kämpfen weiterhin für die Abschaffung des  
25 Betreuungsgeldes, weil es sozialpolitisch, familienpolitisch und finanzpolitisch aufs  
26 Abstellgleis führt.

27 • Die Maut für AusländerInnen darf niemals eingeführt werden. Der vage Prüfauftrag  
28 im Koalitionsvertrag und die Aussagen von SPD-Spitzenpersonal, dass die Maut nur  
29 komme, wenn Weihnachten und Ostern auf einen Tag fallen, steht in einem krassen  
30 Missverhältnis zu Aussagen des CSU-Vorsitzenden, der sich nahezu täglich für die  
31 Einführung der Maut für Ausländer feiern lässt. Es ist zu wenig, wenn die SPD dabei  
32 mithilfe eine Maut einzuführen, die deutsche Autofahrer nicht finanziell belastet. Wir  
33 stellen uns komplett gegen die Maut – unsere ausländischen Freunde sind  
34 ausdrücklich herzlich willkommen!

35 • Wir haben uns nicht aus Spaß im Wahlkampf für den Ruf nach Steuererhöhungen  
36 beschimpfen lassen. Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass wir über ein  
37 gerechteres Steuersystem und eine Umverteilung von höheren zu niedrigeren  
38 Einkommen die Gesellschaft gerechter und solidarischer gestalten können. Wir sind  
39 überzeugt, dass der Zeitpunkt innerhalb der Legislatur kommen wird, wenn auch  
40 Kräfte in der Union die Notwendigkeit von Steuererhöhungen nicht mehr von der  
41 Hand weisen können. Für diesen Moment muss die SPD vorbereitet sein.

1 Rolle 4: Die Parteierneuerer!

2 Unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheides war dieses Instrument ein voller  
3 Erfolg. Selten haben sich die SPD-Mitglieder so intensiv mit den Details der  
4 Koalitionsverhandlungen befasst. Selten gab es ein solch großes Medieninteresse zur  
5 Gemütslage der Parteibasis. Niemals wären die inhaltlichen Forderungen der SPD in  
6 den Koalitionsverhandlungen so ernst genommen worden, wenn CDU/CSU nicht  
7 Sorge vor einem drohenden Scheitern der Befragung gehabt hätte. Vermutlich hätte  
8 auch die SPD-Parteispitze niemals so intensiv auf die Wünsche der Basis gehört, wenn  
9 sie sich nicht dem Votum der Mitglieder hätte stellen müssen. Daher bewerten wir  
10 diese Abstimmung als positiven Schritt um die SPD zukunftsfähig zu machen. In der  
11 nächsten Legislatur müssen aber weitere Schritte folgen – parteiintern sowie in der  
12 Öffentlichkeit.

13

14 Wie wichtig die Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit ist, haben wir im  
15 Wahlergebnis nach der letzten großen Koalition gesehen. Es wäre jedoch falsch, nun  
16 davon auszugehen, dass die SPD automatisch bei der nächsten Bundestagswahl  
17 ebenso abgestraft wird. Wir Jusos wissen: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht  
18 kämpft, hat schon verloren! Daher gilt es in den nächsten Jahren unsere Erfolge,  
19 nachdem sie errungen wurden, auch in der Öffentlichkeit entsprechend zu  
20 kommunizieren.

21

22 Parteiintern wünschen wir uns eine weitere Öffnung und Modernisierung der Partei.  
23 Gerade junge Mitglieder fühlen sich oftmals in starren Ortsvereinsstrukturen nicht  
24 richtig angesprochen. Hier gilt es für die Ortsvereine ihre Angebote auf alle  
25 Altersgruppen zuzuschneiden und gleichzeitig für die Partei alternative Formen der  
26 Partizipation zu schaffen.

AdressatInnen: Juso-Bundeskonferenz, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

## **P 4 Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden**

27 Mit dem Mitgliederentscheid zu dem Koalitionsvertrag mit der CDU /CSU hat die SPD erstmals  
28 in der Geschichte das Votum der SPD-Basis über eine Regierungsbeteiligung eingeholt. Im  
29 Rahmen dieses Mitgliederentscheids kam es zu regen Diskussionsprozessen. Dieser  
30 Mitgliederentscheid kann somit durchaus als ein Gewinn für die innerparteiliche Demokratie  
31 und für die Beteiligung der Basis gesehen werden.

32 Doch neben diesen positiven Aspekten gibt es auch einiges scharf zu kritisieren. So wurde  
33 vom SPD-Parteivorstand eine massive parteiinterne Kampagne für die Zustimmung zur Großen  
34 Koalition gefahren. Eine ausgewogene Darstellung des Für und Wider war nicht im geringstem

1 vorhanden. Tagtäglich wurde vom Parteivorstand E-Mails an die Mitglieder mit den  
2 vermeintlichen Vorzügen des Koalitionsvertrages gesendet. In der Vorwärts-Ausgabe mit dem  
3 Abdruck des Koalitionsvertrags fand man nur einseitige Artikel, die für die Zustimmung zur  
4 Großen Koalition warben. Auf den Regionalkonferenzen gab es nur Redebeiträge auf dem  
5 Podium von Parteivertreter\*innen, die für den Koalitionsvertrag sich aussprachen. Des  
6 Weiteren wurde eine ganzseitige Anzeige des SPD-Parteivorstands in der konservativen  
7 Springer-Presse geschaltet. Höhepunkt dieser Kampagne war, dass mit den  
8 Abstimmungsunterlagen nochmals ein Werbeschreiben des Parteivorstandes beigelegt wurde,  
9 dass für ein „Ja“ zum Mitgliederentscheid warb. Somit wurde mit der ganzen Wucht des  
10 Parteiapparates Stimmung für die Große Koalition gemacht. Kritische Stimmen konnte man auf  
11 den offiziellen Kanälen der Partei vergeblich suchen.

12 Ein Mitgliederentscheid sollte jedoch eine Möglichkeit der Willensbildung der Mitglieder an  
13 der Basis sein, die jedem Mitglied ermöglicht für sich die Für und Wider einer Zustimmung  
14 oder Ablehnung abzuwägen. Dafür jedoch muss den Mitgliedern möglich sein innerhalb der  
15 Partei eine offene Diskussion zu führen. Bei diesem Mitgliederentscheid war diese, wie  
16 gezeigt, aufgrund der Einseitigkeit nicht möglich und es gab nur die offizielle Linie der  
17 Parteiführung. Daher bedarf es für künftige Mitgliederentscheide klare Regeln, die garantieren,  
18 dass neben der Linie des Parteivorstandes auch eine alternative Meinung ebenfalls in gleicher  
19 Weise ihre Inhalte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

20 Daher fordern wir, dass für eine ausgewogene Durchführung und Diskussion des  
21 Mitgliederentscheides folgende verbindliche Regeln zu gelten zu haben:

- 22 1. Die Mail- und Postverteiler der SPD müssen Befürworter\*innen und Gegner\*innen zu  
23 gleichen Teilen offen stehen und keiner darf einen größeren Anteil an Werbung haben.
- 24 2. Im Vorwärts sind während eines Mitgliederentscheids gleichen Raum für Artikel der beiden  
25 Seiten einzuräumen
- 26 3. Auf den Regional- und örtlichen Konferenz sollen Befürworter\*innen und Gegner\*innen auf  
27 dem Podium in gleichen Teilen mit gleichen Redeanteilen vertreten sein. Die weiteren  
28 Redebeiträge sollen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden.
- 29 4. Bezahlte oder gespendete Werbung, die einseitig Position zu Gunsten einer Seite bezieht,  
30 jenseits der Parteimedien ist nicht zulässig.
- 31 5. Bei der Verschickung der Abstimmungsunterlagen darf keine Empfehlung für ein  
32 Abstimmungsverhalten enthalten sein. Die Unterlagen und ein etwaiges Begleitschreiben  
33 müssen neutral gehalten sein.

34

## P 5 Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung mit einer SPD- und Juso-Mitgliedschaft

1

2 Die Werte der Sozialdemokratie sind Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität! Wir  
3 stehen für eine offene, demokratische, solidarische und egalitären Gesellschaft in der jede\*r  
4 Mensch ohne Ansehen seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung und seiner Herkunft  
5 seine Leben frei entfalten kann ohne dabei durch andere Menschen ausgegrenzt oder  
6 angefeindet werden!

7

8 Aufgrund dieser Wertevorstellung, die grundlegender Bestandteil der Sozialdemokratie und  
9 somit der SPD sind, ist eine Mitgliedschaft oder Aktivität in einer studentischen Verbindung  
10 nicht zu vereinen! Seit dem letzten Parteitag der SPD im November 2013 ist eine  
11 Mitgliedschaft in einer Burschenschaft, die Teil des Dachverbandes der Deutschen  
12 Burschenschaften sind, mit einer SPD-Mitgliedschaft unvereinbar. Doch das ist nicht weitgehend  
13 genug.

14

15 Die Burschenschaften insgesamt vertreten ein revisionistisches, reaktionäres und oft völkisches  
16 Weltbild, welches aus dem Nationalliberalismus der Bismarckzeit entwickelte und oft in diesem  
17 Denken stehen geblieben ist. So verwundert es auch nicht, dass die Burschenschaften bis heute  
18 die NS-Zeit verharmlosen und sich nicht von NS-Täter\*innen in den eigenen Reihen  
19 distanzieren.

20

21 Es gibt neben den Deutschen Burschenschaften noch viele andere Verbindungen. Davon sind  
22 einige schlagende Verbindungen wie etwa die Corps, Landsmannschaften und Alte  
23 Turnerschaften. Daneben gibt es noch konfessionelle und christliche Verbindungen. Viele dieser  
24 Verbindungen versuchen sich von den Deutschen Burschenschaften sowie deren rechtsradikales  
25 Gedankengut zu distanzieren und verweisen darauf, dass man lediglich alte Traditionen  
26 bewahren möchte. Doch betrachtet man diese Traditionen der verschiedenen  
27 Verbindungstypen genauer, so stellt man schnell fest, dass dieses alle eher konservative und  
28 rechte Werte vertreten. So wird oft ein Bild der Liebe zum Vaterland vermittelt, dass seine  
29 Wurzeln im Nationalismus des 19. Jahrhunderts hat. Dieser Nationalismus ist in seiner Wurzel  
30 davon geprägt, dass Deutschland eine besondere Stellung zu kommt. Dieses wird zwar von  
31 vielen nicht offen nach außen propagiert, doch sind sie unter sich, so bricht diese  
32 Vorstellungen über Deutschland immer wieder offen zu tage.

33

34 Auch die männlichen Initiationsriten sind in den Werte- und Ehrvorstellung einer vergangenen  
35 Zeit verhaftet und scheinen oft wie ein Anachronismus. Hier sei nur die Mensur in den  
36 schlagenden Verbindungen erwähnt oder Saufritten die zur Wiederherstellung der vermeintlich  
37 Verletzung der Ehre dienen. Dieses wird gerne als Tradition verbrämt, die man pflege. Dabei  
38 wird nicht kritisch reflektiert, dass man so ein Bild von Männlichkeit reproduziert, dass eine

1 Dominanz der Männer als Elite der Gesellschaft vorsieht. So verwundert es nicht, dass viele  
2 Verbindungen reine Männerverbindungen sind. Es mag Ausnahmen in Form von reinen  
3 Frauenverbindungen geben, doch diese adaptieren in erstaunlicher Weise die männlichen  
4 Gegenstücke ins Detail mit allen ihren anachronistischen Vorstellungen.

5

6 Insgesamt kann man feststellen, dass studentische Verbindungen ebenso wie sog.  
7 Schülerverbindungen ein elitäres, konservatives und rückwärtsgewandtes Weltbild haben und  
8 auch ihren Mitgliedern vermitteln. Dieses steht den Ideen einer offenen, demokratischen,  
9 solidarischen und egalitären Gesellschaft diametral gegenüber. Dieses aber sind die  
10 Grundwerte zu denen sich die SPD bekennt.

11

12 Daher fordern wir, dass eine Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung nicht vereinbar  
13 mit der Mitgliedschaft in der SPD und den Jusos ist. Das gleiche gilt für Schülerverbindungen.  
14 Der bis 1954 geltende Unvereinbarkeitsbeschluss mit studentischen Verbindungen mit einer  
15 SPD-Mitgliedschaft muss erneuert werden! Daraus ergibt sich eine Unvereinbarkeit der  
16 Zusammenarbeit mit dem Lassalle-Kreis, dem Netzwerk von Verbindungsmitgliedern in der  
17 SPD. Nach Umsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses erübrigt sich entsprechend die  
18 Zugehörigkeit des Lassalle-Kreises zur SPD.

19 AdressatInnen: SPD Bayern, SPD-Landtagsfraktion Bayern

## 20 **Z 1 - Antrag zur Unterstützung der Renaturalisierung des Lechs**

21 **Beschluss:** Wir Jusos fordern die BayernSPD auf, das Projekt „Licca Liber – der freie Lech“ des  
22 Wasserwirtschaftsamts Donauwörth aktiv zu unterstützen und die Renaturalisierung des Lechs  
23 voranzutreiben. Dabei muss der Grund-, Trink- und Hochwasserschutz bewahrt bleiben.

### 24 **Begründung:**

25 Der Lech besitzt sein Quellgebiet bei Vorarlberg in den Lechtaler Alpen und mündet nach 256  
26 Kilometern Länge bei Rain in die Donau. Er stellt damit einen Wildfluss dar, der immer wieder  
27 sein breites Flussbett wechselte. Die Flusslandschaft war somit geprägt von regelmäßigem  
28 Hochwasser, das die Auen überflutete und Kies transportierte.

29 Im Zuge der Industrialisierung kanalisierte man den Lech, um Land zu gewinnen und den  
30 Hochwasserschutz zu verbessern. Durch die Kanalisierung erhöht sich die  
31 Flussgeschwindigkeit, so dass sich der Lech immer tiefer in die Erde gräbt. Die eingebauten  
32 Sohlschwellen, die die Geschwindigkeit reduzieren sollen und viele Steine benötigt, kann die  
33 Vertiefung nicht verhindern und wird gerade zu Hochwasserzeiten durch die Wassermengen  
34 regelmäßig zerstört. Die Folgen führen heute zu schwerwiegenden Problemen:

1 1. Dies kann dazu führen, dass bei viel Regen oder Schmelzwasser die gigantischen  
2 Wassermengen nahezu ungebremst durch den begradigten Kanal schießen und alles mit sich  
3 reißen, so dass Gemeinden, die weiter nördlich am Lech angegliedert sind, immer häufiger mit  
4 Hochwasserschäden zu kämpfen haben.

5  
6 2. Andererseits besteht die Gefahr eines Sohldurchschlags (Flächendeckende Erosion der  
7 Deckschicht), das verheerende Ausmaße bei Flussbauwerken (z.B. Wasserkraftwerken oder  
8 Brücken) oder befestigten Ufern im Siedlungsgebiet hätte.

9  
10 3. Durch die Eingrabung des Flusses sinkt der lokale Grundwasserspiegel. Das wäre eine  
11 katastrophale Entwicklung für die Wasserversorgung unserer Kommunen. Zudem wird den  
12 Auen damit das Wasser abgegraben, sodass die Auwälder mit ihren seltenen Arten von  
13 Pflanzen und Tieren systematisch ausgetrocknet werden.

14  
15 4. Durch die Kanalisierung werden die Kiesbänke weggespült, sodass viele Fischarten nicht  
16 mehr laichen und Vogelarten nisten können. Zudem können die Fischarten durch die  
17 Zerschneidung des Flusses durch Kraftwerke nicht mehr frei wandern und sich mit  
18 Nachbarpopulationen austauschen. Damit werden viele Tier- und Pflanzenarten zerstört.  
19 Durch die Ausweitung des Flusses, den Abbau aller Querverbauungen und kein neues  
20 Wasserkraftwerk (vll. Sogar dem Abbau einiger Wasserkraftwerke) können wir die  
21 Renaturalisierung des Lechs erreichen und uns vor großen Katastrophen bewahren.

22  
23 Der Lech könnte mit dem Platz so wieder Kiesbänke und Rinnen bilden und frei und gebremst  
24 (Hochwasserschutz!) fließen. Kinder und Erwachsene könnten wieder eine schöne Natur  
25 erleben und genießen. Viele Pflanzen- und Tierarten könnten sich regenerieren und  
26 selbstständig überleben, ohne auf jährlich ausgesetzte Nachzuchten angewiesen zu sein.  
27 Zudem könnte der Lech, der ursprünglich eine Biotopbrücke in die Alb darstellte, wieder  
28 Pflanzensamen aus den Alpen herantragen und unsere fast ausgestorbenen Auen und Heiden  
29 wiederbeleben. Auch der Augsburger Stadtwald würde weiter aufgewertet werden.

30 AdressatInnen: Bayern SPD, SPD-Landtagsfraktion

### 31 **Z 3 Antrag zur Aufklärung von Homosexualität im Biologie-Unterricht**

32 **Beschluss:** Die Jusos fordern die SPD Bayern auf, sich dafür einzusetzen, dass das Thema  
33 jeglicher Sexualität (Hetero-, Trans-, Homosexualität ect.) anstatt im Religionsunterricht im  
34 Fachbereich Biologie und Sozialkunde behandelt wird.

#### 35 **Begründung:**

36 Im Moment besteht die Situation, dass im Unterschied zur Heterosexualität, welche im  
37 Fachbereich Biologie verortet ist, die Homosexualität nur im Religionsunterricht behandelt wird.  
38 Es ist nicht mehr Zeitgemäß, dass das Thema Homosexualität immer noch im

1 Religionsunterricht behandelt wird, während man das Thema Heterosexualität bereits vor  
2 langer Zeit in den Fachbereich Biologie verortet hat. Dies stellt eine Diskriminierung der  
3 Homosexuellen dar. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum die Hetero- und die  
4 Homosexualität in verschiedenen Unterrichtsfächern behandelt werden sollten. Homosexualität  
5 ist in der heutigen Gesellschaft kein Tabu-Thema mehr. Daher fordern die Jusos Augsburg die  
6 Bayern SPD dazu auf, sich im Bayrischen Landtag dafür einzusetzen, dass das Thema  
7 Homosexualität in Zukunft auch im Fachbereich Biologie behandelt wird.

8

## 9 **Ini-Antrag Kein Krieg**

10

11 Forderungen:

12

13 1) Wir lehnen jede Form der Eskalation der Krise in der Ukraine ab.

14 2) Wir fordern alle Beteiligten auf für eine Deeskalation zu sorgen.

15 3) Militärische Mittel helfen nicht dabei die Krise zu lösen und werden von uns abgelehnt.

16 4) Wir Sozialdemokraten fordern alle Beteiligten auf an den Verhandlungstisch  
17 zurückzukommen.

18 5) Wir sprechen uns für die finanzielle Unterstützung einer demokratischen und durch Wahlen  
19 legitimierten Regierung aus, der keine FaschistInnen angehören.

20 6) Wir verurteilen die Konzentration von militärischen Kräften an den Grenzen der Ukraine.

21 7) Wir sehen die Ukraine als Bindeglied zwischen Russland und der EU. Es muss für die  
22 Ukraine möglich sein sowohl Handelsabkommen mit der EU wie mit Russland schließen zu  
23 können. Die Ukraine und Russland sind Teil von Europa. Langfristig können wir uns diese  
24 Staaten, ebenso wie die Türkei, als Teil der EU vorstellen.

25

26 Begründung:

27 Die Ukraine ist seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion politisch gespalten. Der Osten  
28 und Süden der Ukraine wird mehrheitlich von russischsprachigen BewohnerInnen geprägt, die  
29 der russisch-orthodoxen Kirche angehören. Im Westen leben ukrainischsprachige BürgerInnen,  
30 die der ukrainisch-orthodoxen oder katholischen Kirche angehören. Der äußerste Westen ist  
31 durch die ehemalige Zugehörigkeit zu Österreich und Polen geprägt.

32

33 „Unabhängig“ von Russland ist die Ukraine seit der Gründung der Sowjetunion, als  
34 eigenständige Sowjetrepublik. Die russisch bewohnte Krim gehört zur Ukraine seit sie in den  
35 fünfziger Jahren, vom damaligen „Chef“ der Sowjetunion Chruschtschow, der Ukraine  
36 „geschenkt“ worden ist.

37

38 Die politischen Lager können grob in das „blaue“ und das „orange“ Lager aufgeteilt werden.  
39 Das „blaue“ Lager besteht im wesentlichen aus der Partei der Regionen (Präsident  
40 Janukowitsch) und der Kommunistischen Partei. Sie haben ihre Hochburgen im industriellen  
41 Osten und im Süden. Das „orange“ Lager besteht aus den Parteien von Klitschko und

1 Timoschenko. Die Lager sind dabei nicht starr. So wechselte die sozialistische Partei vom  
2 „orangen“ Lager ins „blaue“ Lager. Parteien des „orangen“ Lagers kämpften mit Hilfe von  
3 „blauen“ Parteien gegen andere Parteien des „orangen“ Lagers, etc., etc.  
4 Beide Seiten scheuten in der Vergangenheit nicht davor zurück mit demokratisch fragwürdigen  
5 Maßnahmen ihre Macht gegenüber der anderen Seite durchzusetzen (Giftanschläge,  
6 Wahlfälschungen, verfassungsmäßig fragwürdige Parlamentsauflösungen etc.). Dominiert  
7 werden beide Seiten von Oligarchen, wobei das „blaue“ Lager mehr Interesse an guten  
8 Handelsbeziehungen mit Russland, das „orange“ Lager mit der EU hat.  
9 Im letzten Herbst verhandelt die EU mit Präsident Janukowitsch über ein EU-  
10 Assoziierungsabkommen. Eine Bedingung der EU war dabei die Entlassung der Milliardärin  
11 und „Gasprinzessin“ Julia Timoschenko, deren Partei zur christdemokratischen Parteienfamilie  
12 gehört. Sie saß im Gefängnis, da sie als Premierministerin angeblich einen zu teuren  
13 Gasvertrag mit Russland abgeschlossen hat und damit die Interessen der Ukraine verraten hat.  
14 Man muss dabei wissen, dass die Ukraine das Gas zu einem deutlich höheren Preis erwirbt,  
15 als es das Gas an seine BewohnerInnen verkauft. Eine weitere Bedingung des Abkommens  
16 war es, dass die Ukraine die Gassubvention beendet. Janukowitsch entschied sich das  
17 Abkommen nicht zu unterzeichnen und dafür im Gegenzug mit Russland ein Abkommen zu  
18 schließen. Gegen diese Abwendung von der EU gab es hauptsächlich im Westen, aber auch  
19 im Osten der Ukraine Proteste. Zu Beginn waren sie friedlich.  
20  
21 Diese Proteste eskalierten zunehmend. Das Parlament schränkte die Demonstrationsrechte ein  
22 und nahm sich bei neuen Demonstrationsgesetzen ein Beispiel an Russland. Die Demonstranten  
23 wurden zunehmend gewaltbereit. Die Demonstranten wurden mehr und mehr von antisemitisch-  
24 eingestellten, Linken-feindlichen und Russland-feindlichen Faschisten dominiert. Auch der Staat  
25 reagierte mit zunehmender Gewalt. Im Westen wurden Verwaltungen gestürmt und besetzt. Es  
26 kam zu zahlreichen Toden auf dem Maidan in Kiev. In dieser Situation vermittelte Frank  
27 Walter Steinmeier. Regierung und Opposition einigte sich auf eine Übergangsregierung und  
28 Neuwahlen. An diese Vereinbarung hielt sich die Opposition nicht. Mit Hilfe von Überläufern  
29 aus der Regierung erreichte sie die Mehrheit im Parlament und setzte Janukowitsch  
30 verfassungswidrig als Präsident ab. Er flüchtete nach Russland. Es wurde eine neue Regierung  
31 gebildet. Ihr gehört die Partei von Julia Timoschenko und eine faschistoide Partei an, die enge  
32 Kontakte zur NPD unterhält. Die neue Regierung wurde vom Westen anerkannt. Für Russland  
33 blieb Janukowitsch Präsident.  
34 Als Reaktion auf die Ereignisse bildete sich im Parlament auf der Krim eine neue Regierung.  
35 Russische Soldaten ohne Abzeichen und „Selbstverteidigungskräfte“ der Krim brachten die  
36 Krim unter ihre militärische Kontrolle. Die Krim erklärte verfassungswidrig ihre Unabhängigkeit  
37 von der Ukraine. Bei einem vom Westen abgelehnten Referendum auf der Krim sprachen sich  
38 97% der BewohnerInnen für einen Anschluss an Russland aus. Russland nahm dieses Gesuch  
39 an. Der Westen verabschiedete darauf „symbolische“ Sanktionen gegen Russland, die  
40 Russland konterte. Innerhalb des Westen setzen insbesondere die USA, Großbritannien, das  
41 Baltikum, Polen und zum Teil Angela Merkel und die Grünen auf Härte gegenüber Russland.  
42 Gerhard Schröder, Helmut Schmidt und zahlreiche Sozialdemokraten zeigen Verständnis  
43 gegenüber der Position Russlands.

1 Adressierte: SPD-Bundestagsfraktion, Parteivorstand

## 2 **Resolution: Mindestlohn – ohne Wenn und Aber**

3 Seit Jahren setzen sich die Jusos Bayern im Bereich Arbeitsmarktpolitik für wesentliche  
4 Verbesserungen ein, im Konkreten etwa für einen flächendeckenden Mindestlohn, für  
5 bessere Arbeitsbedingungen von jungen Menschen und den Grundsatz „Gleicher  
6 Lohn für gleiche Arbeit“. Auch die Parteispitze betonte im Zuge der  
7 Koalitionsverhandlungen mit der Union, dass an einem Thema kein Weg vorbeiginge:  
8 dem gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn.

9 Der nun vorgelegte Gesetzentwurf von Genossin Nahles zeigt allerdings, dass sich  
10 die SPD-Parteispitze erneut dem Druck der neoliberal-geprägten Merkel-Politik beugt,  
11 ihre Ideale aufgibt und damit das Vertrauen der Parteibasis, der WählerInnen und  
12 ArbeitnehmerInnen verspielt. Der Gesetzentwurf sieht vor, Langzeitarbeitslose für die  
13 ersten 6 Monate und Jugendliche unter 18 ohne Berufsausbildung komplett vom  
14 Mindestlohn auszunehmen. Während zunächst nur von Ausnahmen für  
15 PraktikantInnen, Personen in Berufsausbildung und ehrenamtlich Tätigen die Rede  
16 war, sind jetzt weitere Personengruppen von solchen betroffen. Schon hinsichtlich der  
17 Ausnahmen für PraktikantInnen und Azubis kritisieren wir, dass sie unter den  
18 derzeitigen Arbeitsmarktregelungen ausgebeutet und ausgenutzt werden. Ein  
19 Mindestlohn muss auch für sie gelten, um die Schieflage bei Praktika und  
20 Ausbildungen zu korrigieren.

21 Der Mindestlohn erweist sich nun endgültig als Flickenteppich. Dass mit den  
22 Langzeitarbeitslosen gerade die schwächste Gruppe auf dem Arbeitsmarkt von einer  
23 Lösung gegen Ausbeutung und Arbeitskraftmissbrauch ausgenommen wird, ist für uns  
24 Jusos nicht akzeptabel. In der Realität werden ArbeitgeberInnen diese Ausnahme  
25 dazu nutzen, Langzeitarbeitslose nach 6 Monaten wieder zu entlassen und durch  
26 neue zu ersetzen, um sich erhöhte Lohnkosten zu sparen. Die Regelungen zur  
27 sachgrundlosen Befristung zeigen nur zu deutlich, dass dies höchstwahrscheinlich ist:  
28 Alle zwei Jahre wechseln ArbeitgeberInnen ohne inhaltlichen Grund diese  
29 MitarbeiterInnen aus, allein nur, weil keine längere unbegründet befristete  
30 Beschäftigung möglich ist. Auch der Missbrauch in Sachen Leih-/Zeitarbeit zeigt, wie  
31 derartige Übergangsregelungen in der Praxis verwendet werden. Wir können nicht  
32 zulassen, dass auf dem Arbeitsmarkt noch mehr legale Ausbeutung möglich wird!

33 Wer in den letzten Jahren den Missbrauch von Arbeitsmarktregelungen wie den eben  
34 genannten nicht gesehen hat, hat die Augen davor verschlossen. Wer nach dieser  
35 Erfahrung erneut Regelungen dieser Art in anderen Bereichen vornimmt, ist nicht  
36 blind, sondern handelt fahrlässig und schadet der ArbeitnehmerInnenschaft. Ein  
37 solches Vorgehen ist einer sozialdemokratischen Partei unwürdig.

38 Ebenso wie die Ausnahme von Langzeitarbeitslosen ist auch die Ausnahme von  
39 Jugendlichen zwischen 15-18 Jahren ohne Berufsausbildung nicht akzeptabel. Dies ist  
40 eine klare Form der Altersdiskriminierung, denn warum soll einE ArbeitnehmerIn für

1 die gleiche verrichtete Arbeit weniger Lohn erhalten, nur weil er/sie erst 17 Jahre als  
2 ist? Der Lohn hat sich nach der zu verrichtenden Arbeit auszugestalten und nicht  
3 danach, wie alt die Person ist, die sie durchführt. Gleiche Arbeit ungleich zu  
4 entlohnen ist ungerecht.

5 Der fadenscheinigen Begründung, dass junge Menschen durch den Mindestlohn  
6 davon abgehalten würden, eine Ausbildung aufzunehmen, können wir uns nicht  
7 anschließen. Natürlich legen junge Menschen Wert auf eine gute Ausbildung. Wenn  
8 sie einen Job ohne Ausbildung annehmen, dann nur aufgrund eines mangelnden  
9 Angebotes an guten Ausbildungsplätzen oder aus privater Not. Wenn es weiterhin  
10 nötig ist, vor einer Ausbildung oder einem Studium Geld zu verdienen, dann liegt das  
11 nicht an den jungen Menschen, sondern an äußeren Umständen, wie etwa  
12 unzureichenden BAföG-Sätzen. Wer beklagt, dass eine berufliche Ausbildung  
13 zukünftig weniger lukrativ sei, als ein ungelernter Job mit Mindestlohn, muss die Höhe  
14 der Ausbildungsvergütung kritisieren. Wer an dieser Stelle den Mindestlohn streichen  
15 will, zwingt Jugendliche nur dazu, noch länger ohne Ausbildung zu arbeiten, anstatt  
16 eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen.

17 Wir Jusos stellen uns gegen Abstriche beim Mindestlohn. Die Diskussionen um  
18 Ausnahmen gehen bei der Union sogar noch weiter und lassen befürchten, dass  
19 weitere Berufsgruppen (z.B. ZeitungsausträgerInnen, Saisonarbeitskräfte) von  
20 Ausnahmeregelungen getroffen werden. Die SPD muss jetzt klare Kante zeigen:  
21 Jenseits der Regelung für Ehrenamtliche und PraktikantInnen für ein Schul-,  
22 Ausbildungs-, Orientierungspraktikum oder zur Aufnahme für ein Studium im Umfang  
23 von bis zu 6 Wochen dürfen mit ihr **KEINE Ausnahmen** möglich sein. Alles andere  
24 wäre zutiefst ungerecht gegenüber den Betroffenen, die durch Ausnahmen zu  
25 Menschen zweiter Klasse abgestempelt werden.

26

27 Es kommt im Rahmen der Großen Koalition nun schneller als gedacht zu der  
28 befürchteten Situation: Die Parteispitze schafft es nicht, die wenigen Themen, die von  
29 Seiten der SPD als bedingungslos für den Koalitionsvertrag galten, mit der Union  
30 angemessen umzusetzen. Will die SPD glaubwürdig als ArbeiterInnenpartei gelten,  
31 darf sie keine Ausnahmen vom Mindestlohn zulassen. Will die SPD glaubwürdig die  
32 Partei der Solidarität sein, darf sie insbesondere keine Ausnahmen für  
33 Langzeitarbeitslose zulassen. Will die SPD junge Leute anziehen und für ihre Politik  
34 begeistern, darf sie keine Ausnahmen für Jugendliche zulassen.

35 Deshalb fordern die Jusos Bayern alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu  
36 auf, sich öffentlich zum flächendeckenden Mindestlohn ohne Ausnahmen zu bekennen  
37 und einem Gesetzentwurf in der jetzt absehbaren Form nicht zuzustimmen.

38 **Ein Mindestlohn mit Ausnahmen ist überhaupt kein Mindestlohn! Einen solchen**  
39 **Wortbruch kann und darf sich die SPD nicht leisten!**

40